BLZ
Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Bremen
Dezember
Nr. 6 / 2016

WAS TUN?!

GEWERK-SCHAFTLICHES HANDELN

GEW

Der Kapitalismus fährt gegen die Wand

… und niemand erforscht den Bremsweg

Ulrike Herrmann

■ Der Kapitalismus ist zum Untergang verdammt. Er benötigt Wachstum, aber in einer endlichen Welt kann es unendliches Wachstum nicht geben. Viele Kapitalismuskritiker frohlocken, sobald sie diese Prognose hören, doch darf man sich das Ende nicht friedlich vorstellen. Der Kapitalismus wird chaotisch und brutal zusammenbrechen – nach allem, was man bisher weiß.

Dieser Pessimismus mag zunächst übertrieben wirken. Schließlich fehlt es nicht an Konzepten, wie eine ökologische Kreislaufwirtschaft aussehen könnte, die den Kapitalismus überwinden soll. Einige Stichworte lauten: erneuerbare Energien, Recycling, langlebige Waren, öffentlicher Verkehr, weniger Fleisch essen, biologische Landwirtschaft und regionale Produkte.

Ulrike Herrmann
taz-Redakteurin
Foto: Herby Sachs, WDR

Doch das zentrale Problem ist leider ungelöst: Es fehlt die Brücke, die vom Kapitalismus in diese neue »Postwachstumsökonomie« führen soll. Über den Prozess der Transformation wird kaum nachgedacht. Der Kapitalismus fährt gegen eine Wand, aber niemand erforscht den Bremsweg.

Kein stabiles System

Die Vorschläge für eine Postwachstumsgesellschaft basieren immer auf der Idee, Arbeit und Einkommen zu reduzieren. Doch der Kapitalismus ist keine Badewanne, bei der man die Hälfte des Wassers einfach ablassen kann. Er ist kein stabiles System, das zum Gleichgewicht neigt und verlässliche Einkommen produziert, die man ruhig senken kann. Stattdessen ist der Kapitalismus ein permanenter Prozess. Sobald es kein Wachstum gibt, droht chaotisches Schrumpfen. Wie dieser Strudel funktioniert, hat der Schweizer Ökonom Hans Christoph Binswanger beschrieben, der unter anderem die Ökosteuer erfunden hat. Binswanger trieb die Frage um, ob der Kapitalismus auf das zerstörerische Wachstum verzichten könne. Seine Antwort lautete: Nein. Denn die »Investitionsketten« würden reißen, wie er es technisch ausdrückte. Übersetzt: Firmen investieren nur, wenn sie Gewinne erwarten. Gesamtwirtschaftlich sind diese Gewinne aber identisch mit Wachstum. Ohne Wachstum müssen die Unternehmen also Verluste fürchten. Sobald aber Profite ausbleiben, investieren die Unternehmen nicht mehr, und ohne Investitionen bricht die Wirtschaft zusammen. Es würde eine unkontrollierbare Abwärtsspirale einsetzen, die an die Weltwirtschaftskrise ab 1929 erinnert: Arbeitsplätze gehen verloren, die Nachfrage sinkt, die Produktion schrumpft, noch mehr Stellen verschwinden.

Wachstumsabhängigkeit

Nicht wenigen Wachstumskritikern ist diese systemische Sicht suspekt, die die Wirtschaft von »oben« betrachtet. Sie würden lieber von »unten« beginnen, indem jeder Einzelne seinen Konsum, aber auch seine Arbeitszusammenhänge verändert. Sie stellen sich die Wirtschaft als eine Summe vor, bei der viele kleine Nischen am Ende ein neues Ganzes ergeben.

Doch damit machen die Wachstumskritiker den gleichen Fehler wie ihre neoliberalen Gegner: Sie glauben, dass die Wirtschaft nur eine Summe aller Unternehmen sei. Sie verwechseln Betriebs- mit Volkswirtschaft und verstehen nicht, dass der Kapitalismus ein Prozess ist, der Einkommen nur erzeugen kann, wenn es die Aussicht auf Wachstum gibt. Binswanger hat dieses Dilemma richtig beschrieben, und es verschwindet nicht, nur weil man es ignoriert.

Da sich das Wachstum nicht einfach abschaffen lässt, machen neuerdings Konzepte wie »Green New Deal« oder »nachhaltiges Wachstum« Karriere. Sie wollen Wachstum und Rohstoffverbrauch »entkoppeln«, indem die Effizienz gesteigert wird.

Kerosin kontra Klimaziele

Diese »Entkoppelung« ist nicht völlig abwegig, denn seit 1970 hat sich der Energieverbrauch pro Wareneinheit halbiert. Die Umwelt wurde allerdings nicht entlastet, weil prompt der »Bumerang-Effekt« zuschlug. Die Kostenersparnis wurde genutzt, um die Warenproduktion auszudehnen, so dass der gesamte Energieverbrauch nicht etwa fiel, sondern sogar zunahm.

Als Ausweg reicht es auch nicht, auf regenerative Energien umzustellen. Denn weite Bereiche der Wirtschaft lassen sich nicht mit Ökostrom betreiben. Das Elektroauto befindet sich noch immer im Versuchsstadium, und auch Passagierflugzeuge heben nur mit Kerosin ab. Allein der Flugverkehr zerstört aber jede Hoffnung, die Klimaziele zu erreichen, wie eine einfache Rechnung zeigt: Wenn die Erderwärmung begrenzt bleiben soll, darf jeder Mensch nur noch 2,7 Tonnen CO_2 pro Jahr verursachen. Ein Flug von Frankfurt nach New York schlägt aber bereits mit 4,2 Tonnen zu Buche, und nach Sydney sind es gar 14,5 Tonnen. Damit wird wieder das böse V-Wort unvermeidlich, das das Wachstum bedroht: Verzicht.

Trotzdem »grün« leben

Es ist ein Dilemma: Ohne Wachstum geht es nicht, komplett grünes Wachstum gibt es nicht, und normales Wachstum führt unausweichlich in die ökologische Katastrophe. Es bleibt nur ein pragmatisches Trotzdem: trotzdem wenig fliegen, trotzdem Abfall vermeiden, trotzdem auf Wind und Sonne setzen, trotzdem biologische Landwirtschaft betreiben. Aber man sollte sich nicht einbilden, dass dies rein »grünes« Wachstum sei. Wie man den Kapitalismus transformieren kann, ohne dass er chaotisch zusammenbricht – dies muss noch erforscht werden.

moment mal

Ablenken ist das neue Aussitzen
Zu den Aufgaben von Kinder- und Bildungspolitiker/innen gehört es, gute und gerechte Rahmenbedingungen bei der (frühkindlichen) Bildung zu schaffen. Und wenn mal etwas schlecht läuft, sollen sie alles versuchen, damit es schnell wieder besser funktioniert.
Im Land Bremen läuft es derzeit vieles unrund. Es eiert geradezu in vielen Bildungsbereichen. Es gibt viel zu tun, damit es unter anderem bei den Kindertagesstätten, bei der Inklusion, bei der Lehrkräfteversorgung wieder runder läuft. Oder anders formuliert: Es müsste viel getan werden, damit Kinder, Jugendliche, Erzieher/innen und Lehrkräfte wieder erfolgreicher sein können und zufriedener sind, wenn sie in die Kitas und Schulen gehen. Kita-Plätze fehlen auf Jahre, die Inklusion ist schlecht ausgestattet, Schüler/innen werden hundertfach von Lehrkräften unterrichtet, die keinen ausreichenden Hochschulabschluss, geschweige denn ein Referendariat absolviert haben.
Die Chefin im Bildungsressort setzt andere Schwerpunkte: »Handyverbote sind von gestern«, sagt sie. Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz will sich mit einer Digital-Initiative überregional profilieren. Die Folgen vor der Haustür: die Eltern der Kita-Kinder sind und bleiben sauer, die Beteiligten in der Inklusion sind und bleiben frustriert, eine qualifiziertere Lehrkräfteausbildung ist dringend geboten, muss aber warten.
Das alles erinnert an die 80er-Jahre: damals war Aussitzen ein probates politisches Mittel, um sich den Problemen nicht stellen zu müssen. Derzeit versucht es die Senatorin mit Ablenken. krü

In-Team

Nicht, weil jetzt bald Weihnachten ist: Wir, die Redaktion, wünschen uns, dass Ihr, unsere Leserinnen und Leser, einen noch größeren Mehrwert habt, wenn die BLZ in Eure Hände kommt. Dass Ihr noch länger verweilt, lest, blättert, bestenfalls sogar auf den Inhalt reagiert. Darum haben wir eine kleine Umfrage beim Gewerkschaftstag gestartet. Vielen Dank für die vielen Rückmeldungen. Hier die wichtigsten Ergebnisse:
Euch gefällt die Zeitlupe auf Seite 2, die Interviews, die Wahl der Schwerpunktthemen, die Büchertipps. Ok, machen wir weiter.
Euch gefällt weniger das Layout. Ihr wollt mehr Berichte aus den Schulen, mehr Bilder und Comics, mehr Internationales. Ok, wir haben verstanden.
Weil jetzt bald Weihnachten ist: wir wünschen uns weitere Anregungen solcher Art. krü

Planung

Heft Nr. 1/2017: Zeit
Redaktionsschluss: 16.01.2017

Was tun?!

7 Vorwort
Karsten Krüger

8 Hohe Ansprüche – schlechte Ausstattung
Jürgen Burger

10 Engagement in Bremerhaven
Bernd Winkelmann

11 Frauenpolitischer Aufbruch
Elke Suhr

12 Ausbau der Geschlechterdemokratie
Hilke Emig

13 Bildungspolitik der GEW
Wilfried Meyer

14 Vertrauensleutearbeit
Peter Grothe, Henrik Skov Andersen

15 Interview Horst von Hassel
Karsten Krüger

16 Interview Susanne Carstensen
Swantje Hüsken

17 Interview Matthias Wirth
Wilfried Meyer

18 Wettstreit um Engagement
Herfried Münkler

19 Liken, teilen, kommentieren
Inge Kleemann

20 Aktuelles zum Beamtenstreik
Gerd Rethmeier

Bildung – Politik – Gesellschaft

21 Kompetenzorientierung
Wilfried Meyer

22 US-Präsidentschaftswahl
Werner Pfau

24 Arbeitskreis Grundschule
Wilfried Meyer

25 Bundestagung Internationales
Werner Pfau

26 Situation in der Türkei
Karl-Heinz Pitz

27 Unser Mann in Ankara
Werner Pfau

28 70 Jahre GEW
Jürgen Burger

30 Kodex für gute Beschäftigung
Inge Kleemann

Weitere Rubriken

31 Gratulationen, 32 Buchtipps,
34 Frischluft, 35/36 Hinweise/Termine

BLZ

Dezember 2016
65. (77.) Jahrgang

Impressum:
BLZ Landesverband Bremen der GEW
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen
Tel. 0421-337 64-0
Fax 337 64 30
blz@gew-hb.de
http://www.gew-bremen.de
http://www.gew-bremerhaven.de
Geschäftszeiten:
Mo-Do 8.00-12.30 Uhr
und von 13.00-16.00 Uhr
Fr 8-14 Uhr

Redaktion:
Karsten Krüger
Tel. 0173-6831678
kkrueger@posteo.de

Wilfried Meyer
Tel. 0170-2953984
wilfmey@t-online.de

Werner Pfau
Tel. 0172-1609809
internationales@gew-hb.de

»Termine und Hinweise«:
Ferdinand Berghorn
Tel. 0421-491 90 33
Fax 0421-494 03 33
Georg_Berghorn@t-online.de

Mitarbeit:
Ingrid Emmenecker
Jan Ströh
Jürgen Burger

Titelblatt:
Dr. Matthias Duderstadt
Tel. 0421-70 16 92

Korrektur:
Gerhild Fiege

Herausgeber:
Landesverband Bremen der GEW

Verlag:
Geffken & Köllner
Druck- und Verlagsgesellschaft
Sedanstrasse 87/89
28201 Bremen
Tel. 0421-55 70 8-0
Fax 55 70 8-22
ISDN (Leonardo): 55 70 8-21

Anzeigen:
AWB Anzeigen Werbung Berghorn
Loignystr. 27
28211 Bremen
Tel. 0421-491 90 33
Fax 0421- 494 03 33
Mobil 01 79-706 59 72
Georg_Berghorn@t-online.de
Z.Zt. gültige
Anzeigenpreisliste Nr. 16
vom 01.01.2010
Anzeigenschluss:
Am 30. des Vormonats

Der Bezugspreis der Bremer Lehrerzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,- € zuzüglich Zustellgebühr inkl. Mwst.
Die mit dem Namen der VerfasserInnen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion

Arbeitszeit, Frauenreferat, Lehrkräftemangel

Die Themen und Diskussionen des diesjährigen bremischen Gewerkschaftstages

■ Am 26. und 27. Oktober fand der diesjährige Gewerkschaftstag des GEW-Landesverbandes Bremen statt. Der Gewerkschaftstag vor einem Jahr war von Diskussionen über die steigende Arbeitsbelastung und über die Unterrepräsentanz von Frauen in den GEW-Gremien geprägt gewesen. Hieran anknüpfend waren in diesem Jahr die Themen gesetzt.

Am ersten Tag referierte Eberhard Brandt über die niedersächsische Arbeitszeit-Untersuchung, die die GEW bei der Uni Göttingen in Auftrag gegeben hatte. In dieser bisher einmaligen Studie haben 2108 Lehrkräfte ein Vierteljahr lang ihre Arbeitszeiten online dokumentiert. In allen Schularten und Schulstufen liegt die reale Arbeitszeit über dem vorgeschriebenen Maß. Die zusätzliche Befragung nach dem »Index Gute Arbeit« des DGB hat ergeben, dass besonderes die Arbeitsintensität ein Problem ist. Neun von zehn Lehrern erleben oft oder sehr häufig Zeitdruck, drei Viertel müssen Abstriche bei der Qualität der Arbeit machen, um sie zu schaffen. Das machen sie nicht freiwillig: Über 80 Prozent der Lehrkräfte empfinden dieses Runterschrauben als (eher) starke Belastung. Gleichzeitig haben 95 Prozent eine außerordentliche Identifikation mit ihrem Beruf.

Frauke Gützkow sprach über die Aktion »JA 13 – weil Grundschullehrerinnen es verdienen«

Eberhard Brandt referierte über die niedersächsische Arbeitszeit-Untersuchung

Die Ergebnisse dieser Studie wiegen umso schwerer, als das OVG Lüneburg in seinem Urteil gegen die Arbeitszeitverlängerung in Niedersachsen festgestellt hat, dass die Selbstaufschreibung von BeamtInnen ein zulässiges Mittel der Arbeitszeiterfassung ist. Im Anschluss wurden zwei Anträge für weitere Aktivitäten im Lande Bremen verabschiedet, die (wie alle Beschlüsse des Gewerkschaftstages) auf der Homepage der GEW Bremen nachzulesen sind. Die Ergebnisse der Arbeitszeit-Studie sind ausführlich auf der Homepage der GEW Niedersachsen dokumentiert.

Diskussion mit Bildungsstaatsrat Frank Pietrzok über die fehlenden Ausbildungsplätze für Lehrkräfte

Am zweiten Tag berichtete Frauke Gützkow vom GEW-Hauptvorstand über die Initiative »Bildung. Weiter denken!« und hier insbesondere über die Aktion »Ja 13 – weil Grundschullehrerinnen es verdienen«. Sie soll mit verschiedenen Aktionsschwerpunkten bis zur Bundestagswahl 2017 öffentliche Aufmerksamkeit auf die Unterfinanzierung der Bildung in Deutschland lenken. (Das Rechtsgutachten »zur mittelbaren Geschlechtsdiskriminierung bei der Besoldung von Grundschullehrkräften nach A 12« wurde am 16. November von einer Delegation der GEW Bremen an die Bremer Senatorin und derzeitigen KMK-Präsidentin Claudia Bogedan überreicht.)

Die anschließende Diskussion über eine bessere Frauenförderung im Landesverband Bremen war durch Anträge einer Frauenversammlung vorbereitet worden (s. hierzu auch den Bericht in diesem Heft). In die Satzung wurde das Ziel der Geschlechterdemokratie aufgenommen. Alle Arbeitskreise wurden aufgerufen, Team-Modelle für Leitungsfunktionen zu erproben. Außerdem wurde ein Frauenreferat eingerichtet.

Ein drängendes Thema war am zweiten Tag nicht zuletzt der Lehrkräftemangel und der Einsatz von Bachelor-AbsolventInnen als Vertretungslehrkraft. Das weitere Vorgehen der Personalräte gegen diesen Missstand wurde intensiv beraten. Der Beschluss des Gewerkschaftstages unterstützt den PR Schulen Bremen in der Absicht, den weiteren Einsatz von Studierenden ab Februar abzulehnen, wenn bis dahin keine wirksamen Maßnahmen gegen den Mangel an fertig Ausgebildeten ergriffen werden. Dabei geht an erster Stelle um die Wiederaufstockung der Referendariatsplätze. Diese Forderung wurde Staatsrat Frank Pietrzok, der zu einem Grußwort gekommen war, deutlich gemacht. (siehe hierzu auch den Bericht über die Personalversammlung der Lehrkräfte am 30. November auf Seite 5).

Zum Schluss verabschiedete der Gewerkschaftstag eine Solidaritätserklärung für KollegInnen der türkischen Partnergewerkschaft Egitim Sen, von denen Tausende vom Dienst suspendiert wurden. Eine Veranstaltung im Bremer Gewerkschaftshaus mit der Vorsitzenden Sakine Yilmaz, die sich in Deutschland im Exil befindet, hat am 3. November stattgefunden (Bericht ebenfalls in diesem Heft).

j.b.

Mehr Referendariatsplätze gefordert

Die Ergebnisse der Personalversammlung

■ In der gut besuchten Personalversammlung der Bremer Lehrkräfte am 30. November berichtete zuerst Arno Armgort über den Lehrkräftemangel und seine Folgen (Mehrarbeit, Einsatz von Studierenden als Vertretung). Der Antrag der GEW, der dem Personalrat ein Handlungsmandat gibt dagegen vorzugehen, wurde einmütig angenommen (siehe unten). Ebenso wurden die Forderungen der Vorkurs-Lehrkräfte unterstützt, die diese auf einer Teilpersonalversammlung verabschiedet hatten (siehe Seite 6). Petra Kumm berichtete über die Aktivitäten des Grundschularbeitskreises gegen KOMPOLEI (siehe Seite 24). Ein weiteres Thema war das Qualitätsmanagement an den Berufsschulen. Zum Schluss berichtete Christian Gloede über die anstehende Tarifrunde und rief die KollegInnen zu aktiver Teilnahme auf.

Forderungen der Personalversammlung gegen den Lehrkräftemangel:
Die Personalversammlung fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf

- die Referendariatsplätze umgehend auf mindestens 550 (Stand von 2012) wieder aufzustocken,
- das Nachrückverfahren bei Absagen von Referendaren/innen zu optimieren,
- den Einsatz von Bachelor-AbsolventInnen als Unterrichtsvertretung schrittweise wieder abzubauen und ihren Einsatz auf eine festgesetzte Höchststundenzahl zu beschränken,
- den Schulen Anrechnungsstunden für ihre Einarbeitung, Begleitung und Unterstützung zur Verfügung zu stellen,
- für eine berufsbegleitende Qualifizierung der Quereinsteigenden mit dem Ziel ihrer Gleichstellung zu sorgen.

Arno Armgort berichtet auf der Personalversammlung im Schlachthof Foto: krü

Die Personalversammlung fordert die Senatorin für Wissenschaft auf

- dafür Sorge tragen, dass der Studiengang Inklusive Pädagogik für die Sekundarstufe umgehend eingerichtet wird, die Studiengänge Deutsch als Zweitsprache, Arbeitslehre und Sport wieder aufgenommen werden und die Attraktivität der Lehramtsstudiengänge erhöht wird.

Die Personalversammlung fordert den Personalrat Schulen auf

- dem Einsatz von Studierenden als Vertretung ab dem 01.02.2017 nicht mehr zuzustimmen, wenn bis dahin keine wirksamen Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel beschlossen werden. An erster Stelle steht dabei die Aufstockung der Referendariatsplätze auf mindestens 550. Ein »Weiter so« darf es nicht geben.

Begründung:
Zurzeit wird in der Stadtgemeinde Bremen jede elfte Unterrichtsstunde nicht durch eine voll ausgebildete Lehrkraft unterrichtet. Oder sie fällt ganz aus. Die mangelnde Personalversorgung sorgt für regelmäßige unbezahlte Mehrarbeit der Beschäftigten und senkt die Qualität des Unterrichts.
Zwar besteht zurzeit ein bundesweiter LehrerInnenmangel, aber die aktuelle Not in Bremen ist zum großen Teil hausgemacht: Die zahlreichen Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre eingestellten Lehrkräfte sind jetzt im Ruhestandsalter. Und der Senat hat es versäumt, rechtzeitig für Ersatz zu sorgen. 2012 fiel der Plan der Bildungsbehörde, im Hinblick auf die Pensionierungswelle mehr ReferendarInnen auszubilden, der Kürzungspolitik zum Opfer. 100 Stellen für Auszubildende wurden gestrichen.

Über 230 Vertretungskräfte in der Stadtgemeinde Bremen haben ihr Studium noch nicht beendet, sondern nur einen Bachelor-Abschluss. Diese Studierenden ohne Master-Abschluss sind für den Einsatz – bei allem guten Willen – in der Regel nicht ausreichend qualifiziert und erfahren. Etliche werden sogar als Klassenlehrer/innen eingesetzt. Gleichzeitig bekommen Studierende wegen des Ausmaßes ihrer Arbeit Schwierigkeiten im Studium.Über 200 Master-Absolventen/innen erteilen Vertretungsunterricht, statt als Referendare/innen ihre unterrichtspraktische Ausbildung abzuschließen. Noch mehr warten auf ein Referendariat. In den Jahren 2014 und 2015 haben an der Universität Bremen 637 Studierende ihren Lehramts-Master erworben.

Personalversammlung Vorkurslehrkräfte

Großer Andrang und massive Kritik

■ Eine so gut besuchte Personalversammlung – bezogen auf die Anzahl der Betroffenen – hat es bisher im Bildungsbereich noch nicht gegeben. Nahezu 80 Prozent aller Vorkurslehrkräfte in der Stadt Bremen waren ins Haus der Senatorin für Finanzen gekommen. Intensiv wurde über die Probleme beraten, mit denen Vorkurslehrkräfte zu tun haben. Die vielfältigen Mängel und die Konzeptlosigkeit bei der Beschulung von geflüchteten und zugewanderten Kindern bzw. Jugendlichen wurden mehr als deutlich. Klar wurde auch, dass betroffene Lehrkräfte sich oft völlig allein gelassen mit diesen Problemen fühlen. Viele Vorkurslehrkräfte sind mit befristeten Verträgen beschäftigt. Die Personalversammlung forderte ein Ende dieser prekären Beschäftigungssituation. Auch die fehlende sonderpädagogische und sozialpädagogische Unterstützung wurde bemängelt, ebenso die fehlende psychologische Betreuung traumatisierter Kinder. In diesem Zusammenhang steht auch die Forderung nach einer Doppelbesetzung in den Vorkursen. Die Lehrkräfte hatten aber nicht nur Kritik an ihren Arbeitsbedingungen. Für die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen forderten sie ein vernünftiges Beratungssystem, vor allem bezogen auf die Übergänge nach der 4. Klasse und in die berufliche Bildung oder die gymnasiale Oberstufe. Wichtig sind außerdem mehr Alphabetisierungskurse. Notwendig ist darüber hinaus ein Sprachförderkonzept für die Zeit nach dem Vorklassenbesuch, das ausreichende Förderstunden bereitstellt. Schließlich forderten die Teilnehmer/innen, dass die Dauer der Vorkurse flexibler gehandhabt werden müsse. Der Personalrat Schulen wurde beauftragt, diese und weitere Forderungen der Senatorin für Kinder und Bildung zu übergeben und sich für ihre Umsetzung einzusetzen.

Stadtteilschule: Betriebsrat nimmt Arbeit auf

Neun Personen gewählt

Barbara Schüll

■ Vor 33 Jahren wurde der Verein Stadtteilschule (Sts) e.V. gegründet, mit dem selbstgesteckten Ziel, förderungsbedürftige Kinder und Jugendliche zu unterstützen.

Die Anzahl der Beschäftigten ist in den vergangenen zwei Jahren sprunghaft angestiegen, auf aktuell etwa 750 Menschen. Die Belegschaft besteht aus zwei Drittel Frauen und ein Drittel Männer. Der überwiegende Teil der Kollegen/innen sind befristet beschäftigt. Viele befinden sich noch im Studium und arbeiten als Krankenvertretungen in den Schulen. Eine stetig anwachsende Gruppe quer einsteigender Arbeitnehmer/innen leiten Deutsch Vorkurse an Grund-, allgemein bildenden Schulen und Berufsförderzentren. Als Langzeitbeschäftigte habe ich vor einem Jahr die Initiative ergriffen und die Gründung eines Betriebsrates auf den Weg gebracht.

Mit großer GEW-Unterstützung, wie Anschreiben an Mitglieder, fachliche Begleitung durch Katharina Krieger und Inge Kleemann und den regelmäßigen Sitzungen bei der GEW, konnten wir ein Team von acht Kolleginnen und zwei Kollegen für die Betriebsratswahl aufstellen.

Am 18. Oktober war es dann endlich so weit: wir haben einen neun Personen starken Betriebsrat gewählt. Die Mitglieder des Betriebsrates haben sich als 1. Vorsitzenden für Olav van Gerven entschieden und als Stellvertreterin Barbara Schüll gewählt. Darüber hinaus gibt es einen dreiköpfigen Betriebsratsausschuss mit Susanne Wenthe, Manizheh Saboori und Gusel Imran.

Doch wie geht es jetzt weiter? Neun Betriebsratsmitglieder bedeuten nicht neun Freistellungen. Wir sind überwiegend Teilzeitbeschäftigte und für die Betriebsratsarbeit können wir zwei Freistellungen nutzen. Das will klug umgesetzt werden. Voraussichtlich bis zum Jahresende tagen wir jeden Mittwoch von 10 bis 14 Uhr in der Sts-Geschäftsstelle, Hinter der Mauer 9. Weitere Entwicklungen, wie Telefon und Email werden wir umgehend bekannt machen.

So beginnen wir damit, die verschiedenen Arbeitsfelder zu sichten und nach Dringlichkeit zu filtern. Doch zunächst brauchen wir ein Büro, unsere Vertretungen müssen geklärt und die wichtigsten Grundlagen-Seminare belegt werden.

Die sich daraus abzeichnenden Arbeitsschwerpunkte für jede/n Einzelne/n und erste Ergebnisse stellen wir auf der 1. Betriebsversammlung im neuen Jahr vor.

Ungeachtet dieser Grundlagenbildung haben wir die aktuell auslaufenden Arbeitsverträge im Blick und setzen uns für die Kollegen/innen ein. So geht es weiter: Stück für Stück.

Das ist er – der neue Betriebsrat der Stadtteilschule (von links): Gusel Imran, Vorkurslehrerin an der Schule Theodor-Billroth-Straße (TBS, Dependance der Allgemeinen Berufsbildenden Schule), **Theresa Laack**, Vorkurslehrerin an der Grundschule Fischerhuder Straße; **Susanne Wenthe**, Leiterin eines Alphabetisierungskurses an der Helmut-Schmidt-Schule; **Olav van Gerven**, Projekte für Hochbegabte an der Marie-Curie-Schule; **Barbara Schüll**, Vorkurslehrerin an der Grundschule Halmer Weg; **Hameth Ba**, Sozialpädagoge an der TBS; **Manizheh Saboori**, Bibliothekarin am Schulzentrum Bördestraße; **Svetlana Höcke**, Vorkurslehrerin an der TBS; **Mariam Leithe-Akhazan**, Vorkurslehrerin an der Oberschule Findorff

WAS TUN?!

„Die GEW ist eine Mitmachgewerkschaft.« Das steht in jedem Flyer, in jeder Broschüre, in der sich unsere Gewerkschaft vorstellt. Weiter ist dort zu lesen: »Jedes einzelne Mitglied kann eine ganze Menge bewegen. Die Willensbildung vollzieht sich von unten nach oben. Das garantiert der demokratische Aufbau. Die GEW sucht den produktiven Dialog und – wenn es sein muss – auch den Streit nach innen und außen.« So weit alles richtig, schön formuliert, aber es klingt ein bisschen nach Sonntagsrede. Die BLZ wollte es genau wissen und hat bei Mitgliedern, bei Vertrauensleuten, bei Personalräten nachgefragt. Was tun die Mitglieder für ihre Gewerkschaft? Was sollten sie tun, damit die GEW in Bremen und Bremerhaven ihre Ziele noch besser erreicht? Die BLZ stellt also das gewerkschaftliche Engagement auf den Prüfstand.

Auf den nächsten 15 Seiten beleuchten unsere Autorinnen und Autoren die Hintergründe, warum sich Menschen für die Interessen ihrer Kollegen/innen einbringen, berichten über die Arbeit in den GEW-Gremien. Sie stellen Personen vor, die gute Gründe haben, sich für die GEW ins Zeug zu legen.

Der erste Text ist ein Plädoyer für eine langfristige Kampagne für eine bessere Bildungsfinanzierung (Seite 8). Eine Forderung, die auch die Bremerhavener GEW teilt. Sie hat zuletzt einige spektakuläre Aktionen gestartet (Seite 10). Den weiblichen Mitgliedern in unserer Gewerkschaft ist ein in frauenpolitischer Aufbruch gelungen (Seiten 11 und 12). Ein weiterer wichtiger Baustein der Basisarbeit sind die Vertrauensleute. Sie sind das Bindeglied zu den GEW-Gremien (Seite 14). Jahrelange Erfahrung mit Basisarbeit hat auch Wilfried Meyer. Er kann nicht verstehen, warum sich seine Gewerkschaft nicht vehementer gegen den Einsatz von Studierenden als Lehrkräfte wehrt (Seite 13). Herfried Münkler liefert auf Seite 18 Argumente, wie Gewerkschaften wieder attraktiver werden können. Attraktiver werden geht auch mit sozialen Medien (Seite 19). Den Abschluss bilden juristische Gesichtspunkte zum Beamtenstreik. Auf diesem Gebiet hat die GEW mehr erreicht als gedacht (Seite 20).

In der Hoffnung auf den einen oder anderen Erkenntnisgewinn wünscht die BLZ-Redaktion viel Spaß beim engagierten Lesen.

Karsten Krüger

GEWERKSCHAFTLICHES HANDELN

■ Die öffentlich verbreiteten Anforderungen an das Bildungswesen sind hoch: Es soll auf die technologische Zukunftsentwicklung vorbereiten, es soll inklusiv sein, es soll eine breite Allgemeinbildung vermitteln. Aber Finanzierung und Struktur sind nicht geeignet, diese Ziele zu erreichen. Resultat ist ein ständig wachsender Arbeitsdruck für die PädagogInnen. Sie sollen die Lücke zwischen Anforderungen und Mängeln durch erhöhten Arbeitseinsatz schließen.

Die Politik verspricht das Blaue vom Himmel

Hohe Ansprüche und schlechte Ausstattung – Konsequenzen für die GEW

Jürgen Burger

Aufgabe einer Gewerkschaft ist es, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Um dies wirksam leisten zu können, ist es zunächst notwendig, die Ursachen für den eklatanten Widerspruch zu analysieren.

»Bildung hat höchste Priorität« – eine zweifelhafte Botschaft

Die Interessen, die auf dem Gebiet der Bildungspolitik aufeinander treffen, sind höchst unterschiedlich:

- Die exportorientierte Wirtschaft und die ihr dienende Politik wollen vor allem eine ausreichende Anzahl verwertbarer qualifizierter Arbeitskräfte, um den technologischen Vorsprung aufrecht zu erhalten.
- Den Eigentümern großer Vermögen geht es gleichzeitig darum, möglichst wenig Steuern zu bezahlen. Darüber hinaus gibt es eine starke internationale Lobby, die öffentliche Dienste privatisieren will, um hieraus Gewinne zu erzielen.
- Die »think-tanks« der Bildungspolitik, die OECD und die Bertelsmann-Stiftung, dienen beiden Zielen. Sie überwachen die Bereitstellung ausreichend qualifizierter Arbeitskräfte (z.B. durch PISA) und sie pushen die Einführung von Konkurrenzmechanismen im öffentlichen Bildungsbereich, die der Privatwirtschaft entlehnt sind. Darüber hinaus propagieren sie, dass gute Bildung der beste Schutz des Individuums gegen Arbeitslosigkeit sei, und verschweigen, dass über das Ausmaß an Arbeitslosigkeit in erster Linie die Krisenzyklen des Kapitals und die herrschende Wirtschafts- und Finanzpolitik entscheiden.
- Auf der anderen Seite befürchten breite Kreise der lohnabhängigen Bevölkerung angesichts der Lage zu Recht, dass ihre Kinder ohne eine hohe Qualifikation im Wettbewerb um die zu knappen qualifizierten Arbeitsplätze in den Niedriglohnsektor oder in die Arbeitslosigkeit abgedrängt werden.
- Zwischen diesen unterschiedlichen Interessen jongliert die herrschende Bildungspolitik: Sie verspricht den Unternehmen ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte, sie führt in der Steuerung immer mehr marktwirtschaftliche Elemente ein, sie verspricht den Lohnabhängigen und Marginalisierten gute Bildung als Chance zum sozialen Aufstieg, sie garantiert den auf sozialer Abschließung bestehenden Gesellschaftsschichten den Fortbestand des Gymnasiums, sie verspricht den Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf die Inklusion, sie verspricht allen, die darauf angewiesen sind, die Einführung der Ganztagsschule – und das alles vor dem Hintergrund einer Finanz- und Steuerpolitik, die die großen Vermögen begünstigt und einen verarmten Staat in Kauf nimmt. Ohne Umverteilung des vorhandenen Reichtums, ohne einen starken demokratischen Sozialstaat, kann die »höchste Priorität für Bildung« nur ein Lippenbekenntnis bleiben.

Was folgt daraus für die GEW?

Die GEW ist die Bildungsgewerkschaft im DGB. Das bedeutet, dass sie zunächst den Schutz der PädagogInnen vor Arbeitsüberlastung und den Kampf um eine angemessene Bezahlung zu organisieren hat. Darüber hinaus verfolgt sie bildungspolitische Ziele im Interesse der Lohnabhängigen und Marginalisierten. Das objektive gemeinsame Interesse mit diesen besteht in einer angemessenen Finanzierung und demokratischen Struktur des Bildungswesens. Beide Seiten sind aufeinander angewiesen, denn die Beschäftigten und die Nutzer der Bildungseinrichtungen können nur gemeinsam solch tiefgreifende Reformen durchsetzen. Aber dieses gemeinsame objektive Interesse setzt sich nicht automatisch subjektiv um. Die herrschende Bildungspolitik verspricht der Bevölkerung mehr, als sie halten kann. So entstehen Ansprüche, die nicht nur von der Politik, sondern auch von den Eltern an die Bildungsinstitutionen herangetragen werden, aber angesichts der Mängel von Finanzierung und Struktur nicht eingehalten werden können.

Dabei entstehen mehrere Probleme:

- Propagiert die GEW bildungspolitische Ziele, die auch von der herrschenden Politik als Versprechungen verkündet werden (wie Inklusion und Ganztagsschule), ohne ausreichend deutlich zu machen, dass diese Ziele mit den zur Verfügung gestellten Mitteln und Strukturen nicht realisiert werden können, so vernachlässigt sie die Interessenvertretung der PädagogInnen, deren Arbeitsdruck sich durch den Widerspruch von Ansprüchen und Mitteln ständig erhöht.
- Beschränkt sich die GEW anders herum auf den Kampf um die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, ohne sie in den bildungspolitischen Kontext zu stellen und darüber aufzuklären, dass eine Überlastung und schlechte Bezahlung der PädagogInnen die Qualität der Bildung senkt, so verliert sie ihre Bündnispartner und bleibt isoliert.

- Wird die Vernachlässigung der öffentlichen Bildungseinrichtungen angeprangert, ohne politische Alternativen aufzuzeigen, so kann das als Wasser auf die Mühlen der Privatisierungslobby missdeutet werden, die den Eindruck erwecken will, dass der Staat ohnehin nicht in der Lage sei, »kundengerechte« Dienstleistungen zu erbringen.

Die GEW braucht eine langfristig angelegte Kampagne für eine bessere Bildungsfinanzierung

Seit über drei Jahrzehnten liegen die Bildungsausgaben in Deutschland auf unterdurchschnittlichem Niveau. Keine Regierungskoalition hat daran etwas geändert. Die Steuersenkungen der Schröder-Regierung, die »Schuldenbremse« und die Politik der »schwarzen Null« verfestigen diesen Zustand. Fast alle verantwortlichen Politiker aus CDU/CSU, SPD und Grünen stellen immer wieder klar, dass sie diese Politik fortsetzen wollen. Große Teile der Medien unterstützen sie dabei.

Vor diesem Hintergrund sind fast alle Auseinandersetzungen, die die GEW führt, darauf beschränkt, möglichst weitere Verschlechterungen zu verhindern. Das ist notwendig, aber auf die Dauer frustrierend. Soll sich an diesem Zustand etwas ändern, bedarf es einer großen, langfristig wirkenden Bewegung für eine bessere Ausstattung der Bildungseinrichtungen, die von der herrschenden Politik nicht ignoriert werden kann.

Zunächst ist hierfür die Verbreitung von Wissen über die Ursachen der Unterfinanzierung und über politische Alternativen notwendig, z.B. über alternative Steuerkonzepte, die die Handlungsfähigkeit des Sozialstaats sichern. Zugleich geht es darum, Bündnispartner zu gewinnen, die sich ebenfalls für das Ziel eines demokratischen Sozialstaats einsetzen und Wege zu finden, wie die Alternativen einer großen Öffentlichkeit bekannt gemacht werden können. Die Chancen hierfür sind vorhanden. Das allgemeine Unbehagen über den Zustand der Bildungseinrichtungen ist groß.

Die von der Bundes-GEW begonnene Kampagne »Bildung. Weiter denken!« kann trotz ihres wenig geeigneten Titels ein Anfang sein. Alle aktuellen Auseinandersetzungen – um die Bachelor-Absolventen als Vertretungslehrkräfte und die fehlenden Referendariatsplätze, um ausreichende Mittel für die schulische Bildung der Geflüchteten, um die Ausstattung der Inklusion, um die fehlenden Kita-Plätze usw. – müssen mit der politischen Forderung nach ausreichender Bildungsfinanzierung verknüpft werden. Sie muss das leitende Thema sein, das in vielen Variationen gespielt wird.

Was tun!

Gewerkschaftliches Engagement in Bremerhaven

■ Seit Mai 2013 kämpft das Bremerhavener »Bündnis für Bildung« für bessere Lern- und Arbeitsbedingungen in den Schulen der Stadt. Die Chronologie der Ereignisse zeigt, dass es gelungen ist, eine Reihe spektakulärer politischer Aktionen durchzuführen, die eine hohe öffentliche Wahrnehmung mit sich brachten. Die Zusammenstellung fordert durchaus Überlegungen heraus, wie diese stetige Einbeziehung derart vieler Schüler/innen, Eltern und Lehrkräfte gelingen konnte und welche Rolle dabei »gewerkschaftliches Engagement« spielte:

Bernd Winkelmann
Landesvorstandssprecher

02.05.2013:
Demo von Schüler/innen, Eltern und Lehrkräften in zwei Marschsäulen zur Großen Kirche (7.000 Teilnehmer/innen)
16.05.2013:
»Marsch in schwarz« der Lehrkräfte zu den Parteibüros von SPD und den Grünen (500 Teilnehmer/innen)
12.11.2013:
Menschenkette durch Bremerhaven am »Tag der Schippe« (7.000 Teilnehmer/innen)
02.12.2013:
Übergabe von Schippen aus 35 von 37 Schulen an Bürgermeister Böhrnsen (Delegation der Schulen zum Rathaus, 80 Teilnehmer/innen)
23.05.2014:
»Von der Schippe zum Bagger«. Einsammeln von Bildungsbausteinen (6.000 Teilnehmer/innen)
20.10.2014:
Übergabe von 300 Bildungsbausteinen an Bürgermeister Böhrnsen (Delegation der Schulen zum Marktplatz; ca. 300 Teilnehmer/innen)
18.02.2015:
Politischer Aschermittwoch. Einsammeln von 5.000 Pappnasen (7.000 Teilnehmer/innen)
16.07.2015:
»Wir wünschen 5.000-fach einen guten Riecher«: Übergabe von 5.000 Pappnasen an Bürgermeister Sieling und Senatorin Bogedan (Delegation der Schulen mit 150 Personen zum Marktplatz)
07.06.2016:
»Wo sind Sie, Frau Bogedan?«: Einsammeln von Einladungen zu Schulbesuchen an die Senatorin (4.500 Teilnehmer/innen).
Am 31.08. wurden die Einladungen an die Senatorin übergeben.
13.09.2016:
»Der Notfall ist eingetreten« (200 Kollegen/innen suchen den Ausschuss für Schule und Kultur in Bremerhaven auf). Daraus resultiert eine Anhörung mit Kommunalpolitiker/innen, die am 31.10. durchgeführt wurde.

Mobilisierungserfolge

Als außerordentlich hilfreich erwiesen sich vorbereitende gemeinsame Sitzungen von Betriebsgruppensprecher/innen und Schulleitungen. Dadurch gelang es uns regelmäßig, die Hälfte bis zwei Drittel der Schulen in Bremerhaven an den Planungen und notwendigen inhaltlichen und organisatorischen Absprachen zu beteiligen, indem beide Vertreter/innen zusammen teilnahmen oder sich vorab darüber verständigten, wer die Schule repräsentiert. Dies führte im Idealfall zu ersten Überlegungen, wie die jeweilige Schule einen Beitrag zum Gelingen der Aktion leisten kann sowie welche innerschulischen Informationskanäle genutzt werden sollen – ins Kollegium, an die Eltern und hinsichtlich der Schüler/innen.
Notwendig für den Mobilisierungserfolg war die jeweilige »Materialisierung« des Protestes und der damit verbundenen Forderungen – direkt bezogen auf den jeweiligen Adressaten (z.B. die »Schippe drauf« an Jens Böhrnsen oder die Einladung an Frau Bogedan: »Wo sind Sie, Frau B.?«). So haben wir uns bei den Vorbereitungstreffen darauf verständigt, dass

- jede Schule eine Schippe gestaltet, die wir dann im Bremer Rathaus übergeben haben (Dezember 2013);
- jede Schule »Bildungsbausteine« herstellte, die die Mängel an den Schulen hervorhoben (»fehlende Steine«) und als Mauer auf dem Bremer Marktplatz aufgebaut wurden (Oktober 2014);
- jede Schule für den Aschermittwoch Pappnasen fertigte, die wir an die Landesregierung »zurückgaben« zum Regierungsantritt von Carsten Sieling (Juli 2015);
- jede Schule eine Einladung auf großer Karte an Frau Bogedan aussprach, damit diese sich ein Bild über den Zustand vor Ort machen kann (Übergabe August 2016).

Der Effekt dieser Vorbereitungen war beeindruckend. In den Schulen, in vielen Klassenräumen fand eine Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen schulischen Lernens statt. Wenn wir es etwas euphorisch formulieren, sprechen wir von politischer Bildung im großen Maßstab, praktische Umsetzung inbegriffen. Gemeinsame Ziele von Eltern, Schüler/innen und Pädagogen/innen wurden zudem definiert – unter Nutzung der unmittelbaren Erfahrung an den einzelnen Standorten. Das »gewerkschaftliche Engagement« aller war dabei ein Erfolgsgarant. Wenn der Tag der Aktion kommt, ist Verlässlichkeit ein entscheidendes Kriterium.
Neben diesen ganzen Abstimmungen benötigt man das »verbindende Element«, die Identifikation. Unsere Sprechchöre haben uns dabei sehr geholfen, unabhängig von der Größe der Gruppe. »Mayday Frau Bogedan, Mayday« stellte sich als äußerst einprägsam heraus. Der unbestrittene Klassiker bleibt aber »Ein dreifaches ›Schippe drauf‹«. In diesem Sinne machen wir weiter!

Ein frauenpolitischer Aufbruch

Arbeitskreis Frauen gebildet und konstituiert

Elke Suhr

■ Im November fand die konstituierende Sitzung des Arbeitskreises Frauen (AK) statt. Vierzehn Frauen aus Bremen und Bremerhaven waren gekommen. Mit dieser Sitzung wurde der erste frauenpolitische Beschluss des Gewerkschaftstages im Oktober umgesetzt. Die angeregten Diskussionen der Anwesenden zeigte, wie wichtig es war, diesen AK zu gründen. Themen, die bei dieser Sitzung nur angerissen wurden und bei folgenden Treffen weiter diskutiert werden sollen, sind unter anderem die Gender-Sensibilisierung in der Bildung und die Vereinbarkeit Familie und Beruf. Darüber hinaus beschloss der AK, Martina Hilmer für die Freistellung im neu gegründeten Frauenreferat im Rahmen der Organisationsentwicklung zu nominieren. Zwischenzeitlich wurde Martina auch durch den GLV bestätigt.

Der AK Frauen freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit.
Vorausgegangen waren der Gründung des AKs vielfältige Treffen und Diskussion, mit dem Ziel, Frauen wieder verstärkter für die gewerkschaftliche Arbeit zu motivieren und in dieser zu unterstützen. Hierzu hatten sich einzelne Frauen im vergangenen Jahr mehrfach getroffen, Anträge vorformuliert, diese in den Landesvorstand eingebracht und in einer Funktionären/innenkonferenz im September diskutiert. Letztendlich wurden beim Gewerkschaftstag vier Anträge gestellt und beschlossen.

Das nächste AK-Treffen ist am 13. Januar 2017 um 17 Uhr in der Bremer GEW-Geschäftsstelle.

Gute Laune und Frauenpower im GEW-Sitzungsraum

Ausbau der Geschlechterdemokratie

Rede auf dem Gewerkschaftstag

Hilke Emig

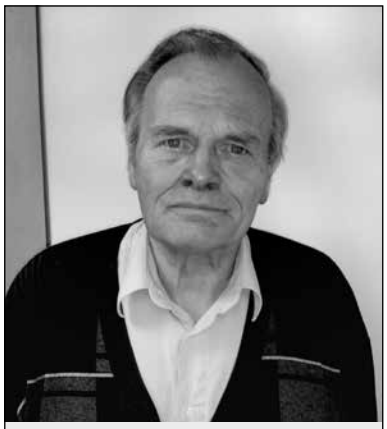
■ Bremer Gewerkschaftstag »Gleichberechtigung verwirklicht?« Ist Geschlechterpolitik/Frauenpolitik überhaupt noch notwendig? Gleiche Rechte und Chancen für Frauen und Männer sind doch schon längst selbstverständlich! Aber komisch: Nur ein paar Stichworte: Noch immer »wählen« junge Frauen – bei zumeist besseren Schulleistungen als Jungen – frauentypische Berufsausbildungen und Studiengänge aber keine MINT-Fächer. Tradierte Rollenbilder prägen nach wie vor die Selbstwahrnehmung, auch (und gerade) in der Schule werden Haltungen erlernt. Frauen werden schlechter bezahlt.

Zur Entgeltgleichheit: In Bremen beträgt die Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern 25%. Frauen haben geringere Aufstiegschancen und erledigen den Großteil der Haus- und Familienarbeit. Wir in der GEW sind dabei nicht die Insel der Seligen: Auch im LehrerInnenberuf gibt es solche Ungleichheit. Strukturelle Ungleichbehandlungen gehen mit Haltungen einher, die allzu oft noch als selbstverständlich und als Norm gesetzt erlernt und übernommen werden. Neben sozialem Status, Herkunft, Bildungshintergrund, Beeinträchtigungen oder sexueller Orientierung ist Geschlecht einer der wichtigsten sozialen Platzanweiser in unserer Gesellschaft! Geschlechterrollenbilder existieren nach wie vor und sie wirken in Bildung und Erziehung – und wir wirken daran mit! Tja – so weit zu »Gleichberechtigung verwirklicht«! Aber in unserer tollen Gewerkschaft doch?!

Ich träume jetzt mal ein wenig… Bei uns in der GEW sind Frauen in gleicher Weise und in gleichem Umfang • aktiv – in Leitungsfunktionen – zu Bundesgremien delegiert • Entscheidungsträgerinnen – für GEW-Tätigkeiten vom Hauptamt freigestellt • Sie leiten ihre Organisationseinheiten im Team – vertreten die GEW nach außen in der Öffentlichkeit • in unserer Bremer GEW arbeiten Funktionäre und Funktionärinnen mit TandempartnerInnen zusammen, um ihnen Einblicke in die Arbeit zu ermöglichen und sie als Nachwuchskräfte für Leitungstätigkeiten zu gewinnen • Wir führen systematisch Mentoringprogramme durch, in denen junge Frauen von erfahrenen GewerkschafterInnen begleitet und ermutigt werden, ein Arbeitsfeld oder eine Funktion zu übernehmen. Damit haben wir es geschafft, viele junge Frauen einzubinden und sie in ihrer Entwicklung zu unterstützen • Die Mentees und/oder Tandempartnerinnen nehmen gemeinsam mit ihren erfahreneren GewerkschaftskollegInnen an Sitzungen/Tagungen der Bundesgremien teil • Wir machen Empowerment-Seminare, um junge Frauen in ihrer Entwicklung als GEW-Funktionärinnen zu unterstützen • Wir haben einen Haushaltstitel zur Finanzierung von Kinderbetreuung • Wir bieten gezielt Schulungen für junge Frauen an, um die Selbstorganisation von jungen Frauen in der GEW unterstützen • Auf den Bremer Gewerkschaftstagen wird jeweils ein Bericht abgegeben über die Fortschritte in der Gewinnung und Einbindung von jungen Frauen in Gremien und Funktionen und Führungspositionen • Im Landesvorstand haben wir ein Frauenreferat mit stundenweiser Freistellung, um Maßnahmen zu initiieren und zu koordinieren, Frauen für die Mitarbeit in der GEW und für die Übernahme von Funktionen zu gewinnen So weit der Traum.

Schöne neue Welt – schöne heile GEW-Welt? Na ja... Leider sieht die Wirklichkeit anders aus. Wir haben ein Problem – ein Problem mit den Frauen. Oder etwa mit den Männern? In der Gruppe der jungen Frauen verzeichnet die GEW Mitgliederzuwächse, aber nur vergleichsweise wenige von ihnen werden in der GEW aktiv oder übernehmen Funktionen. Auch in der GEW in Bremen ist (noch) nicht die schöne heile Welt der Geschlechterdemokratie angekommen. Es ist klar: Wir müssen bestehende Strukturen verändern, damit es für Frauen, insbesondere junge Frauen, attraktiv wird, sich einzubringen.

In den letzten Monaten ist daher auch einiges passiert: Es haben sich mehrmals Kolleginnen zusammen gesetzt und überlegt, was und wie sich ändern muss. Nun hat der Gewerkschaftstag im Oktober beschlossen, ganz vorne in die Satzung als Ziel aufzunehmen: »Ausbau der Geschlechterdemokratie«. Ein Arbeitskreis Frauenpolitik, ein Haushaltstitel »Kinderbetreuung« und die Einrichtung eines Frauenreferats (mit Freistellungsstunden) wurde bechlossen. Na, das ist doch schon mal was! Nun muss es weiter gehen!



Hannes Pilger, Senior:
Was tust Du in der GEW?
Ich nehme regelmäßig an den Sitzungen der Arbeitskreise der SeniorInnen und Senioren in Bremen und Bremerhaven teil. Ein Mandat in der der GEW habe ich nicht. Ich übernehme aber punktuell ehrenamtliche Tätigkeiten.

Was erwartest Du von der GEW?
Die GEW sollte noch deutlicher als bisher auf die Notwendigkeit der Integration junger Migranten durch Forderung nach Zuweisung personeller und sachlicher Mittel für die Schule aufmerksam machen. Die GEW sollte dem lange erkennbaren Problem der Altersarmut zusammen mit dem DGB entgegentreten.

Und wir werden nicht mal rot dabei

Zur Bildungspolitik der GEW – konkret auch in Bremen

Wilfried Meyer

■ Die GEW ist eine Bildungsgewerkschaft. Sie macht Vorschläge für die Politik, wie sie die Bildung verbessern müsste, durch mehr Personal oder mehr Geld oder beides. Zweitens steht die GEW für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Tarife. Das tut sie auf allen Ebenen, das tut sie seit Jahren, das hat bisher wenig bis nichts bewirkt. Oder ist die Ausstattung der Schulen, die Situation des Lehrkräftemangels, die mangelnde Gebäudesanierung, die Versprechen des Bildungsgipfels von 2008 zur Erhöhung des Anteils am Bruttosozialprodukt, ist all dies verbessert worden? Sogar die Löhne und Gehälter sind real gesunken. Die Situation hat sich also verschlechtert.

Dem Anspruch von Chancengleichheit oder Erhöhung der Chancengleichheit hechelt man wie der Wurst unerreichbar hinterher, die Zahl der bedürftigen, armen Kinder wächst. Jetzt kommt eine neue Initiative der GEW – die Bundestagswahl 2017 naht – mit dem langweiligen Motto »Bildung. Weiter denken!« Ein schrecklicher Allgemeinplatz. GEW-Vorsitzende Tepe spricht sogar von »wir«, »dass wir politisch noch nicht soweit sind«, in Bezug auf das Kooperationsverbot der Länder. Wieso wir? Wir sind schon lange soweit.

Lehrkräfteausbildung ist ein Scherbenhaufen

Die GEW fordert für zehn Jahre jährlich 3,2 Milliarden Euro, einmalig 11,9 Milliarden. Dafür hat sie ein Steuerkonzept vorgelegt, Vermögens-, Erbschafts-, Weiterentwicklung von Gewerbe- und Gemeinschaftssteuer zur Erhöhung öffentlicher Einnahmen (E&W 10/16). Einige dieser Vorschläge liegen schon lange vor. Meine Frage: Was wollen wir zur Umsetzung tun, außer diese Forderungen zu erheben? Das neue, nichts bringende Erbschaftssteuergesetz ist gerade mit der SPD verabschiedet worden. Schäuble, die schwarze Null, ist für ein solches Programm nicht zu haben. 2008 ist acht Jahre her. Und ehrlich gefragt, was ist daran neu? Im Weiterdenken waren wir immer schon weiter als der Arbeitgeber, weil er von den wahren Verhältnissen keine Ahnung mehr hat. Ich möchte nicht auch noch mit meinem Dienstherrn eine Kampagne zur Rekrutierung von Lehrkräften, Studierenden, Seiteneinsteiger/innen usw. fahren, weil dieser seit Jahren trotz der Warnungen und Berechnungen der GEW die Ausbildung abgebaut statt erweitert hat. Er steht jetzt vor seinem Scherbenhaufen und die Versorgung ist eigentlich zusammengebrochen. Sie wird von Politikern nur noch schön geredet, totgeschwiegen oder auf Nebenfelder wie »digitale Bildung« (Bogedan) verlagert.

Pechschwarze Pädagogik der Behörde

Wie sieht es denn aus? Bin ich für einen beschissen ausgestatteten Ganztag, eine beschissen ausgestattete Inklusion, eine beschissen ausgestattete Bildung mit digitalen Medien? Die nächste Sau wird gerade durchs Dorf getrieben: Wir retten der Behörde (kurzfristig) ihren Hintern und stimmen der Einstellung der Bachelor-Studierenden als Lehrkräfte, als Klassenlehrkräfte, sogar von Erstklässlern, bis Februar 2017 zu, und werden nicht mal rot dabei, im Gegenteil wir unterstützen die pechschwarze Pädagogik der Behörde. Das verstehe ich nicht. Warum wurde diese Entscheidung gefasst? Wem nützt sie? Viele, mit denen ich gesprochen habe, finden das falsch. Alle Punkte, die man jetzt bis Februar verhandeln will, hätte man auch bei Beibehaltung einer Nichtzustimmung verhandeln können – ich glaube, sogar mit mehr Druck auf die Behörde, weil die Kritik der »Öffentlichkeit« sich doch nicht gegen die GEW gerichtet hätte, sondern gegen die Bildungsbehörde. Sind das keine Argumente?

Trend zur Bachelorisierung

Nichtausgebildete unterrichten massenhaft. Sogar frisch eingeschulte Kinder sollen Lesen, Schreiben und Rechnen von nicht Ausgebildeten ohne einen Fitzel an Erfahrung lernen. Kollegien bekommen aufgebürdet, dass sie die Unausgebildeten auch noch unterstützen müssen, denn das ist in der Grundschule zumindest selbstverständlich. Das Niveau sinkt, obwohl die Behörde immer sagen wird, dass die das doch prima machen. Und viele machen das auch prima, also braucht man doch gar nicht so gute Ausbildung, oder? Die Bachelors können nicht richtig weiter studieren und einige, die, für sie gesehen, gutes Geld machen, werden billig bleiben, geht doch! Warum also anderen A12 oder A13 zahlen? Die Bachelorisierung im Lehrberuf wird sich so durchsetzen. Billig, billig! Und da fürchten sich einige in der GEW vor Presse und Eltern, wenn man diese guten Argumente hat? Hinter denen mehr als 4.000 Mitglieder stehen. Das verstehe ich nicht.

»Ja, aber«

Hier wurde konkret eine Chance verpasst, mal NEIN zu sagen: Wir sind nicht verantwortlich, ihr habt es versaut. Wir tragen diese Sauerei nicht mit. Wann kann man das schon mal? Und das finde ich bei den anderen Beispielen auch. Die GEW sollte aufhören, bildungspolitisch oft zuzustimmen und hinterher mit dem »ja, aber« zu kommen. Wir sind für Inklusion, ja aber. Ganztag, ja aber… immer mit guter Ausstattung. Ich plädiere öfter für ein »Nein«, und wir stimmen erst und nur dann zu, wenn die Ausstattung, Räume, Material, Personen, Konzept und Richtung stimmen aus gewerkschaftlicher Sicht, also im Interesse der Beschäftigten, dann der Kinder, dann der Eltern in dieser Reihenfolge. Und das wollen wir vorher schriftlich.

Wilfried Meyer
Schule am Halmerweg

Bindeglied zwischen Mitgliedern und Gremien

So kann Vertrauensleutearbeit an den Schulen funktionieren

■ Für eine weitgehend ehrenamtlich organisierte Gewerkschaft wie die GEW spielen engagierte Vertrauensleute vor Ort – am Arbeitsplatz – eine zentrale Rolle. Sie sind das Bindeglied zwischen unseren Mitgliedern und den verschiedenen Gremien unserer Gewerkschaft und ermöglichen so eine basisdemokratische Willensbildung innerhalb der GEW. Unsere Vertrauensleute erhalten von der GEW Informationen aus erster Hand zur Bildungs- und Gewerkschaftspolitik, zu Positionen der GEW, Einladungen zu Veranstaltungen. Sie unterstützen in vielfältiger Form Aktivitäten und tragen so zum Erfolg der Gewerkschaft bei. Sie sind es auch, die Stimmungen, Sorgen und Forderungen an die Gremien der GEW weitergeben. Ihre Solidarität und Kollegialität bringen sie auch dadurch zum Ausdruck, dass sie neue Kolleginnen und Kollegen begrüßen, sich als Ansprechperson der GEW vorstellen und sie auf eine Mitgliedschaft ansprechen. Die steigenden Mitgliederzahlen zeigen, wie erfolgreich die Vertrauensleute arbeiten. Sie werden entweder von den Mitgliedern in den Bildungseinrichtungen gewählt oder erklären sich bereit, diese ehrenamtliche Arbeit zu übernehmen.

Peter Grothe

Henrik Skov Andersen

Aufgaben der GEW-Vertrauensleute

Die folgenden Beispiele sind Vorschläge und keine Verpflichtung. Dem persönlichen Engagement sind dabei keine Grenzen gesetzt:
Kontaktperson der GEW vor Ort sein. Materialien der GEW entgegennehmen, aushängen und/oder verteilen. Ein GEW-Brett im Lehrerzimmer einrichten und auf dem aktuellen Stand halten. Über Beschlüsse, Aktivitäten und Veranstaltungen informieren. Ansprechperson sein bei Anfragen von Kollegen/innen und ihnen weiterhelfen. Weiterhelfen heißt nicht, alles zu wissen, denn Vertrauensleute ersetzen nicht den Personalrat, die Rechtsschutzstelle oder die GEW-Vorstände. »Weiterhelfen« heißt, zu wissen, wo man nachschauen und Kontakt zu Kompetenten vermitteln kann – dabei helfen zum Beispiel die Geschäftsstellen mit fachbezogenen Publikationen. Konfliktlagen und Probleme an die GEW-Gremien weiterleiten und damit bekannt und öffentlich machen. An Vertrauensleuteversammlungen teilnehmen, um sich dort auszutauschen und mit Kollegen/innen anderer Schulen zu beraten. Kollegen/innen (auch Lehrkräfte im Referendariat, Lehramtsstudierende, Pädagogische Mitarbeiter/innen sowie Beschäftigte anderer Bildungsträger) zum Beitritt motivieren. Eine Betriebsgruppe als Zusammenschluss der GEW-Mitglieder in der Bildungseinrichtung gründen und weiterführen, um sich über gewerkschaftliche Themen auszutauschen. Regelmäßiger Kontakt ist nicht nur wichtig, sondern macht auch noch Spaß.

Ansprechpartner für Vertrauensleute

In der GEW-Bremen gibt es für Vertrauensleute zwei direkte Ansprechpartner. Wir, das sind Henrik Skov Anderson und Peter Grothe, sind in der GEW für die Vertrauensleutearbeit zuständig.
Wir haben uns zum Ziel gesetzt, enge Kontakte zu den Schulen herzustellen, den Informationsfluss zwischen den einzelnen Schulen und der GEW zu verbessern und ein funktionierendes Netzwerk aus Vertrauensleuten aufzubauen, das einen intensiven schulübergreifenden Austausch zwischen den Kollegen/innen und der GEW sicherstellt. Wir wollen uns gezielt um Schulen bemühen, in denen die GEW noch keine Ansprechpartner/innen hat, bieten vorhandenen Vertrauensleuten Beratung und Unterstützung in konkreten Konfliktfällen an und stellen Kontakte zum Personalrat Schulen her. Es ist uns wichtig, dass die Anstöße, Ideen und Ergebnisse der Vertrauensleutetreffen verstärkt Einfluss auf die Entscheidungsprozesse der GEW haben. Nur eine kampfbereite und schlagkräftige Bildungsgewerkschaft ist in diesen schwierigen Zeiten in der Lage, für Verbesserungen in unserem Berufsalltag zu streiten. Vor diesem Hintergrund spielen Vertrauensleute bei der Mobilisierung von Kollegen/innen für die Vorbereitung und Durchführung von Aktionen der GEW eine Schlüsselrolle. Auch in Zukunft wird uns nichts geschenkt werden!

Solidarische Grüße.

Hilke Emig, Seniorin:
Was machst Du in der GEW?
Ich bin aktiv im SeniorInnen-Arbeitskreis Bremen und im Bundes-SeniorInnenausschuss, nehme an Demos und/oder Aktionen teil, setze mich für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der GEW ein und verfasse dazu auch Anträge.

Was erwartest Du von der GEW?
Die GEW sollte vielfältige Aktionen organisieren, das Bremer Bildungswesen (insbesondere die Inklusion) zu verbessern. Und auch ein paar mehr Kulturangebote für Mitglieder und Interessierte organisieren.

»Warum lasst ihr euch das gefallen?«

Gewerkschaftliches Engagement: GEW-Urgestein Horst von Hassel (88) über den Wandel der Zeiten

Karsten Krüger

■ Horst von Hassel ist 88 Jahre und davon mehr als 69 Jahre in der GEW. Der Lehrer, Schulleiter und ehemalige Bildungssenator (1979-1983) mischt sich immer noch ein – im Arbeitskreis Senioren/innen und als Delegierter beim Gewerkschaftstag. Er kann aus vielfältiger Perspektive berichten, wie sich die GEW Bremen und die Bereitschaft, sich für die Gewerkschaft zu engagieren, verändert haben.

Wann und warum bist in die GEW eingetreten?
Gleich nach meiner ersten Lehrerprüfung 1947, ich glaube im Juni, bin ich nicht in die GEW, weil es die damals noch nicht gab, sondern in den Bremerhavener Lehrer/innenverein eingetreten. Damals war es für uns junge Kollegen selbstverständlich, Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein. Das war unsere Organisation und eine Organisation brauchte man ja, als Interessenvertretung. Mit seinen Aktivitäten, seinem Programm und seiner Struktur kam nur der Lehrerverein in Frage. Wenig später wurde der Lehrerverein in die GEW überführt.

Wie hat sich das Engagement für die GEW verändert?
Bei dem Vergleich zu heute ist vor allem auffällig, dass die GEW damals in einem viel stärkeren Maße pädagogische Interessen hatte. Es gab viel Rat und Hilfe von älteren Kollegen. Die rechtliche Situation und Arbeitsbelastungen standen damals nicht im Vordergrund. Kurz nach dem Krieg waren wir froh, in unserem Beruf arbeiten zu dürfen. Ein demokratisches Verhalten und das Engagement, für eigene Arbeitsinteressen zu kämpfen, haben wir nach der braunen Zeit mit Befehl und Gehorsam erst langsam aufgebaut. Die Veranstaltungen in der GEW waren für mich ein Stück weit auch politische Schule. Da habe ich gelernt, einzusetzen für Formen der Schulveränderung.

Wie mutig war die GEW damals im Umgang mit der Bildungspolitik?
Es klingt vielleicht etwas vermessen, aber wir hatten damals nicht die gleiche Furcht vor Fürstenthrönen. Wir taten uns zusammen, wir fühlten uns stark. Mit der Organisation im Rücken haben wir unser Wort gemacht. Heute ist die Situation eine etwas andere. Im Gespräch mit jungen Kolleginnen und Kollegen habe ich zu meinem Bedauern, Schrecken fast, gedacht: Warum lasst ihr euch das gefallen? Dagegen muss man sich doch wehren. Es gibt doch Dienstanweisungen und alle möglichen Rechte, die sie haben. Dann kam oft als Antwort, etwas kleinlaut: Wir trauen uns nicht. Es tauchte auch das Wort Angst auf.

Du warst Schulleiter und auch vier Jahre SPD-Bildungssenator. Gab es da Interessenkonflikte mit deinem GEW-Engagement?
Das war die Zeit der Berufsverbote. Linke Kräfte haben versucht, die GEW zu einer Speerspitze in der gesellschaftlichern Auseinandersetzung generell zu machen. Das war nicht mein Ding. Ich habe aber immer sorgfältig getrennt, wenn ich ein politisches Amt inne hatte. Ich bin immer GEW-Mitglied geblieben, aber es war nicht meine Aufgabe, politische Kämpfe zu führen. Als Senator war es meine Aufgabe schulpolitisch voran zu kommen und Verbündete zu finden.

Deine derzeitige Nachfolgerin ist Claudia Bogedan. Wie ist mit ihr umzugehen? Was würdest Du der GEW raten?
Man muss sie bedrängen. Das ist klar. Die schulpolitischen Probleme sind so gewaltig, da darf man ihr keine Zeit mehr geben. Die ersten 100 Tage im Amt sind lange abgelaufen. Zu meiner Freude wird derzeit – trotz schwieriger Lage – gegenüber der Senatorin von GEW-Seite Positionen vertreten und Forderungen gestellt, die richtig sind und bleiben.

Zurück zu dir und deinem GEW-Engagement. Wie bringst du dich heute ein?
Ich gehe zum Seniorenkreis. Das ist ein Anregungsort. Der Arbeitskreis ist so aktiv, dass er Ideen in den Vorstandsbereich einbringt. Und ich war bis jetzt auch noch Delegierter, aber das will ich aus Altersgründen aufgeben. Die GEW ist der einzige Ort, an dem ich mich noch mit Überzeugung beteiligen kann, weil ich die Intention für »Eine Schule für alle Kinder« erkenne.

Horst von Hassel heute, im Hintergrund mit Bundespräsident Weizsäcker – vor 30 Jahren

Welche Erwartungen und Wünsche hast du an deine Gewerkschaft?
Sie muss weiter dran bleiben – auch wenn es um die Rolle der Kolleginnen, der Frauen innerhalb der GEW geht. Da hat es zuletzt intensive Auseinandersetzungen gegeben. Daraus mussten Konsequenzen erwachsen. Jetzt gab es einen notwendigen Fortschritt. Das ist erfreulich.

»Den Kopf nicht in den Sand stecken«

Interview mit Sozialpädagogin Susanne Carstensen

Swantje Hüsken

■ Die GEW ist eine Mitmachgewerkschaft. Wie engagierst du dich?

Ich unterstütze die GEW mit meinem Mitgliedsbeitrag, damit aus deinen und meinen Interessen unsere gemeinsamen werden können. So kann ich mich aktiv für unsere gesellschaftliche Zukunft einsetzen. In der GEW gibt es verschiedene Arbeitsgruppen, die das Blickfeld erweitern. Mir liegt natürlich die Schulsozialarbeit am Herzen. Ich glaube, dass es in der Bildungslandschaft wichtig ist, für Qualität zu streiten. Auch unsere Schülerinnen und Schüler sollen sehen und spüren, dass wir für sie eintreten. Für unsere eigenen Arbeitsbedingungen zu kämpfen bedeutet für mich in der derzeitigen Bremerhavener Schulentwicklungsplanung, angemessen Zeit zu haben für die Arbeit, die erfolgreich ist. Davon sind wir weit entfernt. Ganz nach Brecht: wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

In welchen Bereichen braucht die GEW ein noch stärkeres Engagement seiner Mitglieder?

Viele Kollegen/innen arbeiten durch die Umsetzung der derzeitigen Schulentwicklung am persönlich leistbaren Limit. Es ist schwierig, den Kopf nicht in den Sand zu stecken. Jedoch wünsche ich mir etwas mehr Engagement von den KollegInnen für den Einsatz und die Stärkung unserer Personalvertretung. Wir sollten für unsere Werte einstehen. Für die Betriebsgruppen in den Schulen würde ich mir mehr Interesse wünschen.

Gab es ein Schlüsselerlebnis, wo Du gedacht hast »Ja, hier lohnt es, sich zu engagieren«?

Es gab eine Situation, in der ich die Stärke der GEW und den Personalrat als nötige Rückendeckung und wichtigen Informations- und Aufklärungspartner genießen durfte. Das hat mich beeindruckt. Ich möchte mich für meine Kolleginnen und Kollegen einsetzen.

Wie wird sich das Engagement der GEW-Mitglieder im Laufe der nächsten Jahrzehnte entwickeln?

Die GEW engagiert sich für die Entwicklung und den Ausbau eines starken demokratischen öffentlichen Bildungswesens. Es muss eine grundsätzlich bessere finanzielle Ausstattung des Bildungssystems her. Dem gegenwärtigen System mangelt es an Gerechtigkeit. Wenn das weiterhin so bleibt, hoffe ich, dass, wenn die »alten Kämpfer« gehen, die neuen KollegInnen für eine bessere Zukunft unserer Schulen eintreten und sich stärker engagieren – auch in der GEW.

Das Durchschnittsalter in vielen Gewerkschaften ist hoch. Was kann/muss getan werden, damit die GEW wieder »jünger« wird?

Die Arbeitsbedingungen müssen sich verändern, der Druck ist hoch in den Schulen. Wenn junge motivierte Menschen voller Elan in die Schulen kommen und nach ein paar Wochen kein Lächeln mehr zu sehen ist, dann braucht es schon fast Aladins Wunderlampe, um ihre Energie wieder aufzufüllen. Die neuen Kollegen/-innen brauchen Unterstützung und Mentoren… Die alten müssen den jungen KollegInnen Mut machen, ihnen aufzeigen, warum es sich lohnt, gegebenenfalls auch auf die Straße zu gehen. Es ist wichtig, für gemeinsame Interessen gemeinsam einzustehen.

Schulsozialarbeiterin Susanne Carstensen von der Oberschule Geestemünde und der Immanuel-Kant-Schule

»Wo sind die großen Demos?«

Matthias Wirth über die Bremer Bildungskrise und wirksame Protestaktionen

Wilfried Meyer

■ Matthias, wie nimmst du die aktuelle Lage im Bremer Bildungsbereich wahr?
Kritisch.

Inwiefern? Bitte präzisieren.
Vergegenwärtigt man sich die Gesamtsituation in Bremen im Bereich Bildung, dann wird man nicht von einer Welle erschüttert, sondern von einem anhaltenden Tsunami. Konkret: Bremen ist Bildungsschlusslicht im Ländervergleich (IQB-Studie). Bremen weist zudem die schlechteste Schüler-Lehrer-Relation von 15,3 Schüler/innen pro Lehrkraft laut einer aktuellen OECD-Studie auf. Es fehlt vielfach an Personal, an Ausstattung und wirklicher Unterstützung. Es fehlen überall Sonderpädagogen, was auch daran liegt, dass Bremen den Studiengang Sonderpädagogik geschlossen hat, das Schulsystem aber flächendeckend auf Inklusion umgestellt hat. Es fehlen Assistenzkräfte. Stattdessen werden zahlreiche Studenten, die zum Teil nicht mal ihren Bachelor erreicht haben, als Lehrkräfte eingesetzt. Es fehlt an Schulsozialarbeitern, die häufig zudem prekär beschäftigt sind, ähnlich wie Vorkurslehrkräfte. Es fehlen 74 Grundschulklassen bis 2021. Es fehlen Schulen. Und es mangelt an Konzepten in der Beschulung von geflüchteten und emigrierten Kindern und Jugendlichen. Ich könnte diese Liste noch deutlich erweitern.

An dieser Liste wird das ganze Ausmaß der Bremer Bildungsmisere bewusst. Was waren denn Gegenreaktionen auf die Krisen?
Es hat viele kritische Stellungnahmen und Presseerklärungen vonseiten des Personalrats Schulen und der GEW in Bremen dazu gegeben, die die Verursacher dieser Probleme klar benennen: den Bremer Senat, die Regierung von Rot-Grün und die Bildungsbehörde.

Es hat auch einen Brandbrief von Schulleitungen aus dem Bremer Westen gegeben, die unter diesen Bedingungen die Inklusion als nicht umsetzbar sehen. Hat das etwas gebracht?
Zunächst: Es ist ungewöhnlich, dass Schulleitungen im Bremer Westen so deutlich Stellung bezogen haben. Das war gut und mutig. Ungewöhnlich war das aber nur, wenn man die Umstände außer Acht lässt, die zu dem Brandbrief geführt haben. Es war ein Weck- und Warnruf, dass unter den jetzigen Bedingungen an Schulen eine Inklusion nicht gelingt. Es muss viel mehr in Schulen und in den Ganztag investiert werden. Eigentlich. In der Bewertung, was das alles bisher gebracht hat, bin ich kritisch.

Haben Berichterstattung und Brandbrief etwa nichts bewirkt?
Das habe ich nicht gesagt. Eine kritische Presse ist wie jede kritische Stellungnahme wichtig, wenn es darum geht, auf die Probleme deutlich hinzuweisen und darauf, wie diese bestmöglich zu lösen sind. Aber was ist bisher daraus gefolgt? Hat sich an der Situation etwas geändert? Nein. Ich würde sogar sagen, dass sich die Probleme eher noch verschärft haben.

Also bedarf es anderer Aktionen?
Naja, es gibt immer mehrere Ebenen zu agieren. Eine kritische Presse und problematisierende Stellungnahmen in der Öffentlichkeit sind wie der zu führende Dialog mit den Verantwortlichen eine Ebene.

Aber?
Aber angesichts der eingangs beschriebenen Bremer Bildungsmisere, der sich verschärfenden Probleme, die bisher nicht oder nur unzureichend gelöst worden sind, frage ich: Sind nicht weitere Aktionen notwendig? Wo sind die Sternläufe? Wo größere Demos, zu denen wir unsere Schüler begleiten bzw. zu denen wir gewerkschaftlich aufgerufen werden?

Woran liegt das?
Das hat sicherlich unterschiedliche Gründe. Ich glaube zum Beispiel nicht, dass es daran liegt, dass angeblich viele Jüngere eher unpolitisch seien und sich deshalb zurückhielten. Angesichts der Situation könnten wir alle aktiver sein. Gut wäre es, wenn das Aktionsbündnis Bremer Bildung aus dem Dornröschenschlaf wiedererweckt würde. Es bedarf dazu sicher eines Anschubsers, damit ein breites Bündnis wieder zwischen Schülern, Eltern, Lehrkräften geschaffen wird. Wir brauchen Solidarität, Geschlossenheit und Unterstützung. Aber nicht nur das Bündnis ist eingeschlafen. Ich denke vielmehr, dass man gemeinsam über wirkungsvolle Aktionen nachdenken sollte und diese umsetzen sollte. Das können kleinere, öffentlichkeitswirksame Nadelstichaktionen sein, das sollten aber auch größere Aktionen sein, um den Forderungen zur Lösung der Bildungsmisere zusätzlich Gewicht zu verleihen. Jeder hat dazu bestimmt Ideen.

Personalrat Matthias Wirth

Woran denkst du?
Zentral ist, dass sich die, auf die es ankommt, persönlich angesprochen und aufgerufen fühlen, aktiv etwas ändern zu wollen, gemeint ist damit jeder Einzelne.

Im Wettstreit um Engagement

Die Zukunft der Gewerkschaften in der Mediendemokratie

Herfried Münkler

Herfried Münkler
Politikprofessor
an der Humboldt-
Universität Berlin

■ Dies ist ein Blick von außen auf die Gewerkschaften. Die zentralen Fragen lauten: Warum sind die Gewerkschaften so wenig sexy, und wie können sie dies wieder stärker werden?

Aufmerksamkeit ist in der Mediendemokratie von heute eine knappe Ressource. Sie ist Voraussetzung für Engagement, und der Wettbewerb um sie ist hart. Individualisten suchen nach Zielen und Zwecken, mit denen sie sich identifizieren können. Für sie ist dabei wichtig, wie allgemein und universell die Anliegen sind. Das Partikularinteresse verliert gegen das Gemeinwohl, das hier vor allem als gute Absicht antritt. Nichtregierungsorganisationen, die das bedienen, finden die größte Aufmerksamkeit und Zustimmung. In diesem Wettstreit sind die Gewerkschaften Verlierer. Sie gelten als dröge, bloß auf die eigenen Interessen beziehungsweise die ihrer Mitglieder bedacht. Obendrein haben sie wenig Charme, weil sie aufs Materielle fixiert sind. Die Gewerkschaften haben ein Idealitätsdefizit, einen Mangel an verallgemeinerungsfähigem Idealismus, und der wird in der modernen Mediendemokratie mit ihren Talkshows deutlich sichtbar.

Alles dreht sich um die soziale und politische Mitte. Mitte ist da, wo soziale Sicherheit herrscht. Der Wohlfahrtsstaat hat Vermögen und gesichertes Einkommen auf immer mehr Menschen verteilt. Dazu haben die Gewerkschaften beigetragen. Gleichzeitig haben sie strukturell bei dieser Entwicklung verloren, denn in der Folge ist ihre politische wie gesellschaftliche Bedeutung geschwunden. Die dynamische Bewegung, der Fortschritt, der erkämpft werden muss, hat sich in eine stabile Statik gewandelt – in eine Ordnung, in der man sich bequem einrichten kann. Eine in ihrem Kern gesättigte Gesellschaft drängt die Gewerkschaften an den Rand oder macht sie statisch. Sie haben nach wie vor Relevanz, aber sie wecken keine Begeisterung. Sie sind Interessenorganisationen, die dafür sorgen sollen, dass es nach Möglichkeit so bleibt, wie es ist. Das ist der Charme von Krücken, derer man sich bedient, wenn es nicht anders geht.

Inzwischen ist die Mitte jedoch in Gefahr geraten. Wir beobachten, wie eine Kluft zwischen oberer und unterer Mittelschicht aufreißt. Die einen fühlen sich überlastet, die anderen abgehängt. Die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses ist eine Erosion der gesellschaftlichen Mitte. Hier sind die Gewerkschaften gefordert. Die Abgehängten erwarten Hilfe, und die sollen sie bekommen. Aber wer sich nur darauf konzentriert, wird zur sozialen Hilfsorganisation. Politische Dynamik ist etwas anderes.

Es hat eine Aufmerksamkeitsglobalisierung stattgefunden, und die Gewerkschaften sind ihr Verlierer. Daneben ist eine starke Fixierung auf universale Themen und Forderungen zu beobachten: die Rettung der Menschheit angesichts der Klimakatastrophe, die moralische Selbstanklage in reichen Gesellschaften, die Moralisierung des Politischen im Ganzen. Das sind Entwicklungen, von denen die Gewerkschaften nicht profitieren.

Aber wie wird das Wahre, Gute und Schöne, das von den Nichtregierungsorganisationen und Gemeinwohlunternehmern bewirtschaftet wird, in der Aufmerksamkeitsskala und in der Politikagenda platziert? Greenpeace hat als erstes von Massenbeteiligungen auf spektakuläre Aktionen umgestellt. Es kommt nicht darauf an, dass Viele kommen, sondern dass einige Wenige spektakuläre Aktionen durchführen, die gute Bilder fürs Fernsehen liefern. Es herrschen die Logik der Werbung und die Imperative der Medien. Aufmerksamkeit und Spendenbereitschaft sollen Teilnahme ersetzen. Dem können und sollen die Gewerkschaften nicht folgen. Aber sie leiden unter dieser Entwicklung. Also müssen sie sich darauf einstellen. Entscheidend bleibt die Frage: Wie lässt sich zeitlich begrenzte Aufmerksamkeit in längerfristiges Engagement verwandeln?

Die großen sozialen und politischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts verfügten allesamt über Erzählungen, eigene Utopien oder Ideologien. Die sind inzwischen verschwunden. Geblieben sind kleine Geschichten vergangener Erfolge, also eine rückwärts gekehrte politische Romantik. Ein neues Bündnis mit Intellektuellen und Schriftstellern ist erforderlich, um an diesen Erzählungen zu arbeiten, die man nicht einfach erfinden kann. Die Anstrengungen des Tages, die »Mühen der Ebene«, müssen wieder eingebettet werden in Vorstellungen, die begeistern und für die es sich lohnt, Zeit und Mühe aufzuwenden.

Quelle: einblick 15/2016

Private Akutklinik für
Psychologische Medizin

Mit Fachabteilung
für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen erfolgreichen und umfassenden psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Zwänge, Essstörungen, Erschöpfungssyndrom („Burn-Out"), Tinnitus
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Infos unter Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**
Fax 02861/8000-89 • **www.schlossklinik.de** • info@schlossklinik.de

Liken, teilen, kommentieren

Gewerkschaftliches Engagement 2.0

Inge Kleemann

■ Stell Dir vor, in Bremerhaven demonstrieren siebentausend Menschen für eine bessere Bildungsfinanzierung und der Weserkurier berichtet nichts. In diesen Fällen bietet eine eigene Berichterstattung über die Internetseite und die sozialen Medien, z.B. Facebook, eine unschätzbare Möglichkeit, um die Öffentlichkeit gelungene Aktionen und die dahinterliegenden Probleme aufmerksam zu machen. Dies wird umso dringlicher, da jüngere Menschen ihre politischen Informationen gezielt und themenspezifisch dem Internet entnehmen, während die bisherigen Leitmedien, wie Zeitungen und Nachrichtensendungen, an Bedeutung verlieren. Für die GEW Bremen gehört daher die Präsentation von Aktionen und die Bewertung von wichtigen Ereignissen im Bildungsbereich auf Facebook mittlerweile selbstverständlich zur Öffentlichkeitsarbeit.

Soziale Medien sind jedoch weit mehr als ein weiteres, modernes Medium, bei dem sich die Nutzer/innen ihre Informationen abholen, sondern sie sind zu einem eigenen politischen Betätigungsfeld geworden, das von der Beteiligung möglichst vieler Menschen lebt. Die GEW lädt Euch ein, auf ihrer Facebook-Seite über Beiträge zu diskutieren, Aktionen zu kommentieren, eigene Beiträge zu erstellen oder uns auf andere Beiträge aufmerksam zu machen. Im Kampf um mediale Aufmerksamkeit hilft allerdings auch jeder Klick auf einen »gefällt mir – Button« (die GEW Bremen bevorzugt für Ihre Positionen natürlich das Herz!) dabei, die Positionen der GEW sichtbarer zu machen und für Aktionen zu mobilisieren, ebenso indem man Artikel, Pressemitteilungen und Fotos auf der eigenen Profilseite mit seinen Freundinnen und Freunden auf Facebook teilt.

Wenn Ihr also das nächste Mal mit einer GEW-Fahne demonstriert, schaut doch danach nicht nur im Fernsehen bei buten un binnen, sondern auch bei unserer Facebookseite rein (https://www.facebook.com/GEWBremen). Wahrscheinlich gibt es einen Beitrag, hoffentlich mit ein paar schöne Bildern, den ihr liken, teilen und kommentieren könnt.

Übrigens: Wer Lust und Interesse hat, sich intensiver an der Betreuung der Facebookseite zu beiteiligen, kann sich an Inge Kleemann (kleemann@gew-hb.de) wenden.

24,8 Prozent sind in der Gewerkschaft

Der Organisationsgrad in Bremen ist im Vergleich hoch

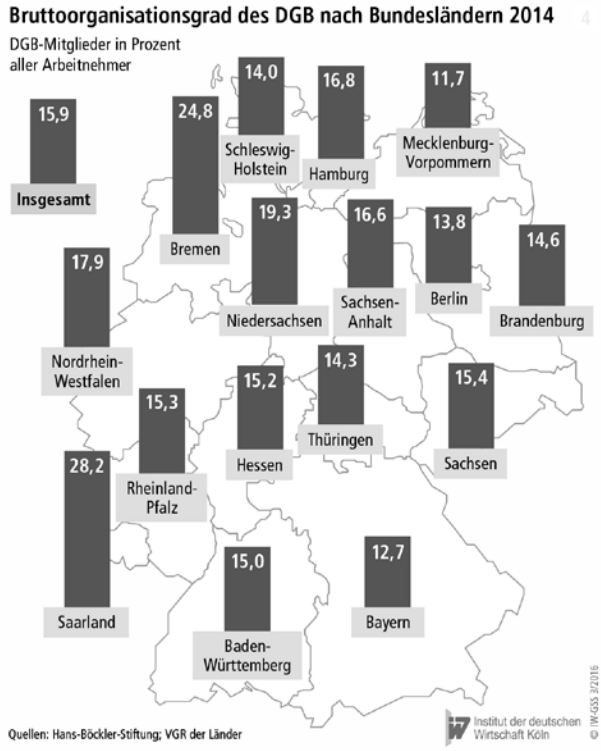
Karsten Krüger

■ Wie hoch ist die Quote von Arbeitnehmer/innen, die Mitglied in einer DGB-Gewerkschaft sind? Bei der Antwort für das Land Bremen gibt es eine gute, eine relativierende und eine schlechte Nachricht.

Positiv ist: Bremen liegt bundesweit auf Platz zwei, hinter dem Saarland. Der prozentuale Anteil aller Gewerkschaftsmitglieder an den Arbeitnehmer/innen (inklusive Rentner/innen, Pensionäre/innen, Studierende, Arbeitslose) liegt nach den letzten bundesweit vorliegenden Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft bei 24,8 Prozent. Das liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 15,9 Prozent. Soweit die gute Nachricht.

Aber diese Zahlen werden durch die Pflichtmitgliedschaft aller Arbeitnehmer/innen in der Arbeitnehmerkammer relativiert. Die Bremer Arbeitnehmerkammer ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, die Arbeitnehmer/innen-Interessen in Politik und Wirtschaft vertritt. Sie führt keine Tarifverhandlungen und darf auch nicht streiken. Dadurch stellt sie keine Konkurrenz zu den Gewerkschaften dar, sondern arbeitet oft mit dem DGB zusammen. Dies steigert die Beitrittsneigung.

Negativ ist: Auch beim Frauenanteil gibt es große regionale Unterschiede. In Bremen liegt die Gewerkschafts-Quote bei nur 29,9 Prozent, bundesweit liegt sie bei 33 Prozent. Das bedeutet für Bremen lediglich Platz 14 von 16 Bundesländern. Am weiblichsten sind die DGB-Gewerkschaften in Berlin (44,7 Prozent) und Sachsen-Anhalt (43,7 Prozent).



Mehr erreicht als gedacht

Aktuelle rechtliche Gesichtspunkte zum Beamtenstreik

Gerd Rethmeier

Gerd Rethmeier
Landesrechtsreferent

■ Die juristische Auseinandersetzung geht hierüber nunmehr in die letzten Runden. Das Bundesverfassungsgericht hat mitgeteilt, dass es die mündliche Verhandlung zu diesem Themenkomplex im Frühjahr des kommenden Jahres durchführen will. Eine Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts ist damit für Sommer 2017 zu erwarten. Wir wissen natürlich nicht, wie das Urteil lauten wird, sollten uns aber bereits jetzt mit den damit zusammenhängenden Fragen beschäftigen, da eins bereits jetzt klar ist: Bei der derzeitigen Ausgestaltung des Berufsbeamtentums wird es in Bezug auf (kollektive) demokratische Teilhaberechte nicht bleiben.

Unvereinbar mit Europarecht

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27.02.2014 wurde an dieser Stelle bereits ausführlich besprochen. Zur Erinnerung verweise ich hier auf den vierten Leitsatz des Gerichts:
Das statusbezogene Verbot nach Art. 33 Abs. 5 GG und die funktionsbezogenen Gewährleistungen nach Art. 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention sind in Bezug auf Beamte, die außerhalb der genuinen Hoheitsverwaltung eingesetzt sind, inhaltlich miteinander unvereinbar. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, diese Kollisionslage aufzulösen und im Wege der praktischen Konkordanz einen Ausgleich herbeizuführen.«
Als Lösungsmöglichkeit bietet das Bundesverwaltungsgericht die Ausweitung von Beteiligungsrechten der Gewerkschaften im Rahmen eines Verhandlungsmodells und/oder ein Verhandlung- und Schlichtungsmodell unter paritätischer Beteiligung der Gewerkschaften im Sinne des »Dritten Weges« an. Auch sollten konkrete Kollektivmaßnahmen etwa bei Besoldungsfragen nicht gänzlich ausgeschlossen bleiben.
Zwar begrüßen wir die erstmalige Feststellung einer »Kollisionslage« durch das höchste deutsche Verwaltungsgericht, die aufgehoben werden muss, weil sich die in Deutschland verfestigte Rechtsprechung zum Beamtenstreik nicht mehr mit den europarechtlichen Vorgaben vereinbaren lässt.

Keine Waffengleichheit

Wir verfolgen aber einen grundsätzlich anderen Lösungsansatz: Die Erweiterung von Beteiligungsrechten führt nicht zu der von uns angestrebten Waffengleichheit zwischen Gewerkschaften und Dienstherren. Und auch die vom Bundesarbeitsgericht entwickelte paritätische Beteiligung der Gewerkschaften bei kirchlichen Arbeitgebern stellt keinen Ersatz für das Streikrecht dar. Letztlich sind wir auch gegen eine Lösung der Problemlage per Gesetz, da der Gesetzgeber die Gelegenheit ergreifen könnte, das Arbeitskampfrecht insgesamt zu kodifizieren. Bisher ist dies reines Richterrecht und wir sind deshalb dafür, dass dies so bleibt, weil einflussreiche Politiker der Rechten wie meinungsgleiche Juristen derzeit wieder vermehrt für eine solche Lösung plädieren, um auch das Streikrecht der Angestellten in einem Zuge mit einzuschränken.

Rechtliche Möglichkeiten

Demgegenüber sehen wir verfassungsrechtliche Möglichkeiten, zwischen hoheitlichen und nicht hoheitlichen Tätigkeiten im Beamtenrecht zu unterscheiden mit dem Ziel, insbesondere für Lehrkräfte eine dritte Art von Beschäftigtenstatus im Sinne eines Funktionsbeamten zu schaffen. Dieser bliebe im Alimentationsprinzip verankert, böte aber die Möglichkeit, über diesen »unantastbaren Kern« hinausgehende Forderungen, etwa mit dem Ziel der Übertragung der Ergebnisse der Tarifverträge im öffentlichen Dienst kampfweise durchzusetzen. Gleiches gelte für den Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, so dass Themen wie Erhöhung der Pflichtstunden, Stundenreduzierung im Alter, Gesundheitsschutz, insbesondere Schutz vor psychischen Belastungen zu Regelungskomplexen würden, die für die entsprechenden Beamt_innen einer tariflichen Regelung zugänglich wären und damit kollektiv erstritten werden könnten.

Einheitliche gewerkschaftliche Position

Der Deutscher Gewerkschaftsbund, die GEW und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di wurden vom Bundesverfassungsgericht aufgefordert, jeweils eine Stellungnahme zu den anhängigen Streikverfahren (insgesamt vier) abzugeben. Es ist uns gelungen, eine gemeinsame und detaillierte Stellungnahme zu verfassen, die unsere oben genannten Ziele beinhaltet, so dass wir erstmals eine einheitliche gewerkschaftliche Position zum Beamtenstreikrecht haben.

Acht Jahre juristische Auseinandersetzung

Wir werden sehen, wie weit wir vor dem Bundesverfassungsgericht kommen werden. Sofern wir uns dort nicht durchsetzen, bleibt der Gang zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der von Beginn an in unserer Prozesstaktik vorgesehen war. Beginnend mit den Beamtenstreiks 2008 in Bremen liegen nunmehr acht Jahre der juristischen Auseinandersetzung hinter uns. Bisher haben wir auf diesem Weg mehr erreicht, als wir anfänglich dachten. Es ist jetzt an der Zeit, die vielfältigen Auswirkungen, die ein Arbeitskampfrecht für Beamte für unsere Organisation bedeutet, in all ihren Auswirkungen sorgsam zu diskutieren.

Gute Gründe, sie abzulehnen

Kompetenzorientierung und der bildungspolitische Rückschritt

Wilfried Meyer

■ Die Stimmung in den Kollegien ist nach wie vor in Bezug auf Bildungsstandards und Kompetenzorientierung zurückhaltend bis ablehnend. Zu Recht und aus gutem Grund. Die Argumente für die Kompetenzorientierung entsprechen nicht der Ausbildung, schon gar nicht der schulischen Praxis. Bestes Beispiel sind die neuen sogenannten Leistungsdokumentationen für die Grundschule. Die Anfangsbegründung der Behörde war hier: Die Eltern würden die Zeugnisse so besser verstehen. Das wurde ja offenbar in Runde eins in diesem Sommer schon ad absurdum geführt. Und es wird immer so getan als wäre der vorherige Unterricht immer noch der Versuch des Nürnberger Trichters, als hätte die Pädagogik vor der »Kompetenzorientierung« nicht stattgefunden. Den Schuh müssen wir uns nicht anziehen.

Wir verstehen unter Bildung immer noch die inhaltliche, persönliche Auseinandersetzung und arbeiten darauf hin, dass die SchülerInnen den Sinn dessen verstehen, womit sie sich innerhalb eines gemeinschaftlichen Klassenverbandes und in der Auseinandersetzung mit der Lehrperson beschäftigen.

Teure Tests

Die von der Wirtschaft vorgegebenen Ziele müssen für uns zweitrangig sein. So sind Tests von »Experten« teuer und auch Ausdruck des Misstrauens den Lehrpersonen gegenüber. Sie demotivieren, denn man schafft die Ziele nie, vor allem in Brennpunkten, das macht vielen Stress; aber sie »entlasten« uns auch, denn wir kreuzen an und fertig. Viele haben sich bei Lernentwicklungsberichten mehr Mühe gegeben. Der Unterricht leidet, wenn man die Testerei und Kreuzerei im Rücken hat, es verführt zu »Teaching to the test«. Oder es führt zu Äußerungen solchen Blödsinns:

»Dies setzt natürlich ein grundlegendes Verständnis einer soliden Basis von Inhalten voraus, die erlernt werden müssen und die dann durch eine Kompetenzorientierung flexibel nutzbar gemacht werden.« (Heitmann, IQB)

Der Widerspruch:

Kinder und Jugendliche werden zergliedert in diese Kompetenzen, aber wir sollen auf alle individuell und inklusiv eingehen. Die als Fortschritt getarnten Auflösungen von Förderzentren oder einer Fritz-Gansberg-Schule werden zum Rückschritt, weil alle unter schlechteren Bedingungen als vorher irgendwie beschult werden müssen. Das ist nicht möglich.

Wenn man Konkurrenz züchtet durch Rankings auch in der Leistungsdokumentation, im Zeugnis und durch Tests, dann ist die individuelle Förderung eine Lüge. Und auch Eltern betreiben diesen Wettbewerb, wenn sie nur noch auf die Kreuze starren. Verloren dabei geht, welche individuellen Fähigkeiten mein Kind eigentlich hat. So schlagen auch die Wettbewerbe unter Schulen wie »Beste Schule Deutschlands« in diese Kerbe und fördern ein Ranking. Es gibt nur die Besten. Second winner is the first loser. Andere werden tendenziell stigmatisiert, mit negativen Folgen für die Motivation aller Beteiligten.

Brennpunktschulen mit vielen leistungsschwächeren und verhaltensauffälligen SchülerInnen, mit vielen Kindern mit einer Behinderung oder mit SchülerInnen mit Deutsch als Zweitsprache machen engagierten Unterricht. Und wo landen die im Ranking? Andere, nicht Pädagogen/innen, setzen die Normen und Standards und wollen diese dann abtesten. So geht ein Teil Demokratie verloren, man passt sich an. Unter dem Deckmantel einer besseren Diagnostik und einer individuelleren Förderung angetreten, werden diese Maßnahmen – und das ist schon jetzt ersichtlich – zum weiteren Sozialabbau führen, die Konkurrenz schüren, das Niveau senken, die Spaltung von Stadtteilen, Schulen, Eltern, Lehrkräften und Schülerschaften fördern.

Bildungsinhalte zum Nachdenken mit anderen über die Welt, und damit ihre subjektive Aneignung, finden nicht mehr statt. So wie die Sicht auf den gesamten Stoff. Auch das findet nicht statt: Die Auswahl des Stoffes nach Bildungskriterien durch Erziehungswissenschaft und Pädagogik; die persönliche Aneignung der Inhalte, die Kinder und Jugendliche ansprechen oder manchmal eben nicht; Kritikfähigkeit und Emanzipation; demokratisches, kritisches Verhalten; eine subjektiv-geistige Entwicklung. Geht ja auch besser ohne.

Die Forderungen:

Ablehnung der Kompetenzorientierung, Diskussion über Bildung und deren Ziele. Einbeziehung von Erziehungswissenschaft, von Praxis und Praktiker/innen der Pädagogik. Solange sollten die Testerei, die Arbeit an »Kompolei«, die Rasterzeugnisse aussetzen. Eine Pilotierung an einigen Schulen, welche diesen Namen auch verdient. Eine Evaluation mit Beteiligung von Betroffenen, Einbeziehung aller Schulgremien und des Personalrats, der GEW, der GSV von Anfang an. Von vielen in den Kollegien werden diese tiefgreifenden Veränderungen mit Murren aufgenommen. Es ist aber immer noch möglich sich zu wehren. Das bisherige Vorgehen der Bildungsbehörde zerstört auf Dauer demokratische Strukturen und führt zum Absenken der Qualität von Bildung. Dazu die oberste Qualitätsbehörde, das IQB Berlin: »Eine alleinige Fokussierung auf Inhalte ist daher heute nicht mehr zeitgemäß.«

Donald Trump – (nicht) vom anderen Stern

Lehren aus der Präsidentschaftwahl in den USA

Werner Pfau

■ Der (un)aufhaltsame Aufstieg Trumps ist nur das letzte Glied einer Kette weltweiter rechtspopulischer Erfolge. Von Pegida über Marine le Pen bis hin zu der Kampagne der Brexiteers in Großbritannien: Rechte Parolen sind auf dem Vormarsch. Eine Öffentlichkeit, die nach eigenem Anspruch der Aufklärung verpflichtet ist, müsste zuallererst versuchen, der Logik und den gesellschaftlichen Bedingungen des rechten Gedankenguts auf die Spur zu kommen. Daraus ließen sich eventuell die vielbeschworenen Gegenstrategien ableiten. Indessen scheint der liberale Mainstream selbst im Bann des verhassten Rechtspopulismus zu stehen, wie im Folgenden an der Präsidentschaftswahl in den USA gezeigt wird.

Die Angst vor dem Untergang

Nach dem Wahlerfolg der republikanischen Partei bei den Präsidentschaftswahlen erging sich ein nicht geringer Teil der europäischen Öffentlichkeit in Weltuntergangsfantasien. Sie auf den Punkt zu bringen, oblag wieder einmal dem Spiegel. Auf seinem Titelbild war das Gesicht Trumps zu sehen, das als riesiger Komet auf eine vergleichsweise mickrig wirkende Erde zurast. Wie üblich bei einer Zeitschrift, der jeglicher Populismus fremd ist, sind die Gesichtszüge des Geschäftsmannes in denkbar unvorteilhafter Form dargestellt. Die Aussage war jedenfalls überdeutlich: Buchstäblich aus dem Nichts taucht diese Person auf, die den Untergang der Welt herbeiführen will, eine negative Kraft par exellence, ein säkularer Satan sozusagen. Die unschuldige Welt ist das Opfer einer außerterrestrischen Bedrohung. Trumps Strategie der totalen Personalisierung, die Selbststilisierung als politischer Außenseiter hat also auch bei seinen Gegnern verfangen.

Die amerikanische Gleichung: Kapitalerfolg = Erfolgskompetenz

Denn seine exzessive Wahlkampfstrategie zielte darauf, sich den Unzufriedenen als neuer Messias zu präsentieren. Ideologisch lag dem offenbar die Vorstellung zugrunde, ein großes Vermögen erworben zu haben sei der Inbegriff gesellschaftlichen Erfolges und setze eine beispiellose Schläue voraus, die ihren Träger auch für politische Ämter qualifiziere. Zwar hat er nicht wirklich als Tellerwäscher angefangen, dennoch ist es ihm gelungen, sich als Verkörperung des amerikanischen Traums zu inszenieren. In diesem Geist konterte sein Team auf die Enthüllung jahrzehntelanger Steuervermeidung, es sei doch »smart« für einen Geschäftsmann, Kosten zu sparen, mit welchen Mitteln auch immer. Offenbar muss diese Logik auch im Kopf seiner Parteigänger am Werk gewesen sein: Wer so rücksichtslos und vermeintlich effizient den Erfolg des eigenen Unternehmens voranbringt, was könnte der erst erreichen, sofern er diese mit seiner Person verwachsene »Erfolgskompetenz« in den Dienst der Erneuerung amerikanischer Macht stellt.

Der Mythos: Ein Milliardär gegen das Establishment

Dass ausgerechnet der Immobilienspekulant mit besten Beziehungen zur Politik als Gegner des Establishments wahrgenommen wurde, ist ein Treppenwitz. Auf seinen Geburtstagsparties tummelte sich die politische Klasse, einschließlich der Clintons. Gleichwohl gelang es ihm, ein solches Image aufzubauen. Fast steckt darin der Schlüssel zum Verständnis seines Erfolgs: Das Ausmaß an Wunschdenken unter seinen Anhängern. Der Eindruck wurde freilich dadurch verfestigt, dass sich Trump im Verlauf des Wahlkampfs Feinde auch bei konservativen Medien und in der eigenen Partei gemacht hat, basierend auf dem Vorwurf, die gesamte politische Kaste, einschließlich der republikanischen Präsidenten, habe den Staat geschwächt und so zum Niedergang der USA beigetragen. Der smarte Geschäftsmann, der gegen »die da oben« antritt, mit seiner bewiesenen Durchsetzungskraft die politischen Versager in Washington zur Verantwortung zieht (»Lock her up«) und alle Feinde der USA niedermacht – aus diesem Holz ist der Führermythos Trump geschnitzt.

Kritik als umgedrehte Mystifikation

Auch bei vielen Gegnern Trumps hat die Inszenierung offenbar verfangen. Gerade in der totalen Negation äußert sich die Fixierung auf Trump als missratenen Charakter. Als ob der von ihm selbst kreierte Messianismus lediglich umgedreht und mit negativen Vorzeichen versehen würde. Zweifellos hat er im Wahlkampf Ekelhaftigkeiten von sich gegeben, seinem Rassismus und seiner Frauenverachtung freien Lauf gelassen. Wird er dadurch zur größeren Gefahr als frühere Präsidenten, die sich zwar höflicher ausdrückten, dafür aber einiges von dem praktizierten, über das Trump bislang nur reden konnte? Wer weiß, wie oft Reagan seinerzeit die Finger am Atomknopf hatte und was passiert wäre, hätte nicht ein gewisser Gorbatschow seine Reformen eingeleitet. George Bush lancierte die Lüge von der Existenz irakischer Atomwaffen, brach mittels dieser Propaganda einen Krieg vom Zaun und ließ die Folterkeller von Abu Ghraib einrichten. Doch wenn er Frauen und Kinder traf, nahm er stets huldvoll den Stetson vom texanischen Kopf. Und Hillary Clinton unterstellte 2008, anlässlich der demokratischen Vorwahlen, ihrem damaligen Kontrahenten Obama mangelnden Patriotismus, weil er nicht die ganze Zeit, wie sie, mit der Flagge am Revers

herumlief. Das Gerücht, er habe keinen echten amerikanischen Pass, ist schon damals von ihrem Wahlkampfteam benutzt worden. Jenes heute gern so genannte postfaktische Zeitalter ist also nicht erst mit Trump angebrochen. Fürchtet man die Privatisierung von Gefängnissen? Die Einrichtung von »Detention Camps« entlang der mexikanischen Grenze für illegal eingewanderte Mütter mit Kindern? Zu spät, das alles hat bereits unter Obama und vorher begonnen.

Die Verharmlosung des politischen Klimas, das Trump hervorgebracht hat

Der Preis für die Dämonisierung Trumps ist die relative Verharmlosung bisheriger Politik sowie die Heiligsprechung Clintons. Gewiss wird die neue Regierung Wege finden, alles noch zu verschlimmern. Übersehen wird jedoch, dass mindestens so gefährlich, wenn nicht viel gefährlicher als Trump selbst der Gewinn von republikanischen Mehrheiten in beiden Häusern des Parlaments einzuschätzen ist. Eine Koalition, die von religiösen Fundamentalisten, über wirtschaftsliberale Hardliner bis hin zu weißen Suprematisten reicht, hat jetzt das Sagen. Dabei sind Leute, denen gegenüber, zumindest dem Lebensstil nach, Trump ein Liberaler ist. Bekanntlich äußerte er nach der Wahl einen gewissen Respekt für Obama und sprach sich für die Beibehaltung der Ehe unter Homosexuellen aus. Für ihn kein Widerspruch, denn Hassparolen gehören eben zum »Geschäft« des Wahlkamps, danach erst beginnt die wirkliche politische Positionierung. Andererseits Leute wie etwa Paul Ryan als rationales Gegengewicht zu Trump zu deuten, heißt gegen den Teufel auf Beelzebub zu vertrauen. Durch Ryan und andere wurde die ideologischen Versatzstücke einer gleichzeitig neoliberalen und neokonservativen Neuen Rechten salonfähig, man denke an den Kampf gegen staatliche Sozialversicherungen, die allesamt privatisiert werden sollen. Am Arsenal dieser Gedanken konnte sich Trump eklektizistisch bedienen. Das Originellste an ihm ist sein Toupet, seine Parolen sind nur ein ideologischer Aufguss der letzten Jahrzehnte.

Nachwort, die Gewerkschaften betreffend

Die Wahl hätte auch anders ausgehen können, es soll kein Determinismus konstruiert werden. Dennoch, selbst wenn er verloren hätte, in jedem Fall ist es Trump gelungen, Millionen Menschen, darunter viele Frauen und akademisch Gebildete zu gewinnen.

Selbst bei Wählergruppen mit lateinamerikanischem Hintergrund erreichte er um die 30%, mehr als die Bundes-SPD vorzuweisen hat. Es lässt sich also in diesem Fall nicht alles auf den »White Trash« schieben, die berüchtigten weißen Unterschichten in den Südstaaten, obgleich diese eine treue Wählergruppe ausgemacht haben dürften.

»Wir werden verarscht«

Schon einfache Mathematik lehrt darüber hinaus, was Umfragen mittlerweile bestätigt haben: Etliche Gewerkschaftsmitglieder haben Trump gewählt, trotz entgegen lautender Wahlempfehlungen ihrer Vorstände, was sich in einigen Swing States ausgewirkt haben soll. Der Vertreter einer Baugewerkschaft sagt dazu: »Seit dreißig Jahren werden wir von beiden Parteien verarscht, Demokraten und Republikanern.« Insofern ist Trumps Ankündigung, das TPP Abkommen zum Freihandel mit den Pazifikstaaten nicht zu ratifizieren, eine taktisch schlauer Schritt. TPP ist das pazifische Gegenstück zu TTIP, wurde unter derselben Geheimhaltung ausgehandelt und ist ähnlich umstritten – vor allem auch bei den Gewerkschaften. Der Einheitsverband CIO-AFL hat sich strikt dagegen ausgesprochen, weil er den Verlust amerikanischer Arbeitsplätze fürchtet, die im Abkommen vorgesehenen Regelungen zum Arbeitsschutz u.ä. für lächerlich hält und aus den schlechten Erfahrungen mit NAFTA eine Lehre ziehen will. Die Vertreterin des linken Flügels der Demokraten, Elizabeth Warren, hat sich darüber sogar mit ihrem alten Weggefährten Obama überworfen, der sich nicht zu schade war, eine Rede für das Abkommen im Hauptquartier der Schuhmarke NIKE zu halten – die tausende Billigarbeitsplätze in Asien betreibt.

Nicht der Parteipolitik ausliefern

Wieder einmal wird klar: Wo Gewerkschaften sich auf Gedeih und Verderb der Parteipolitik ausliefern, bekommen sie, was sie verdienen. So, wie der Weltmarkt heuzutage steht, haben sie nur die Wahl zwischen schäbigen Alternativen: Einer Orientierung am sozialdemokratischen Establishment, das auf Freihandel setzt und den Lohnabhängigen die Folgen kapitalistischer Globalisierung als unausweichlich verkauft. Und einem Wirtschaftsnationalismus, der Zölle und Abschottung anstrebt, damit die fälligen Pleiten und Arbeitsplatzverluste die anderen Wirtschaftsstandorte treffen. Doch wer, wenn nicht die Gewerkschaften, hätte die finanziellen und personellen Mittel, um zu einer global agierenden sozialen Bewegung für weltweite Standards bei Arbeit und Lohn zu werden? Gegründet haben sie sich, um die Konkurrenz zwischen den Arbeitenden zumindest teilweise in gemeinsamer Aktion aufzuheben; die Frage ist, ob sie auch willens sind, nationale Konkurrenzgrenzen zu überschreiten.

Kompolei schafft Barrieren

Kritik des Arbeitskreises Grundschule

Wilfried Meyer

■ **Stellungnahmen:**

- Ein Kind ist nicht einschätzbar/beurteilbar, indem es am Erreichen hunderter kognitiver Einzelkompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathe gemessen wird. Kindliche Entwicklung ist mehr als die Summe von Teilfertigkeiten. Die ganzheitliche Sicht geht verloren.
- Aneignung von Kenntnissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten, Wissen ist individuell und fließend. Sie ist ein Prozess mit zahlreichen Übergängen und nicht als erreichter Standard außerhalb der individuellen Entwicklung am Schuljahresende zu definieren. »Der Entwicklungsgedanke ist verloren gegangen im Markieren des Erreichens von Schwellen, die als Noten lesbar sind« (Zitat Grundschulverband)
- Kompetenzorientierung/Standards dienen nicht einer fördernden Diagnostik, sondern sind Auslesekriterium für die weitere Beschulung in Oberschule oder Gymnasium. Insofern ist Kompolei plus Raster-Zeugnis keine pädagogische Handlung, sondern Steuerungsinstrument der Bildungsverwaltung.
- Gegen Ende Klasse vier durch Ankreuzen in zwei Fächern in Bezug zu einem definierten Standard eine Prognose zur künftigen Schullaufbahn zu machen widerspricht jeglicher Pädagogik (andere Kriterien wie sozial-emotionale Entwicklung, musische, motorische Entwicklung spielen keine Rolle).
- Kompolei ist ein eklatanter Widerspruch zum Gedanken der Inklusion. Die Bewertung nach dem Maßstab des Regelstandards bedeutet per Definition den Abbau von Wertschätzung und den Aufbau von Barrieren.
- Kompolei dokumentiert unmissverständlich: »Du entsprichst nicht dem Regelstandard!«, oder umgangssprachlich »Du bist nicht normal«. Dies ist die fatale Information für Kind und Eltern.
- Die Behörde schrieb vor den Sommerferien 2016, dass negative, stigmatisierende Darstellungen zu vermeiden seien. Wir finden diese Feststellung, unter dem Regelstandard zu sein in hohem Maße stigmatisierend.

Fragen:

- Welche Rolle spielen vor dem Hintergrund der »Über dem Regelstandard-Kreuze« in Deutsch und Mathe als »Zulassungskriterium« noch unsere Erfahrungen in den erlebten Lern- und Entwicklungssituationen mit dem Kind?
- Welche Wertschätzung und Perspektive vermitteln wir dem Kind?
- Welche Auswirkungen ergeben sich durch die Kompetenzbeschreibungen für meinen Unterricht?
- Teaching for the test?
- Welche Rolle spielen dann noch die anderen Fächer?
- Habe ich als Lehrer im sozialen Brennpunkt überhaupt eine realistische Chance, die geforderten Kompetenzen zu vermitteln und die Ziele zu erreichen?
- Wie plausibel und sinnvoll können wir den Hintergrund der Kreuze Kindern und Eltern erklären?
- Wie können wir Zwischenschritte und Übergänge beschreiben?
- Warum wurden all diese Neuerungen nicht vorab in den Kollegien beraten?
- Warum gab es keine Pilotierung in ausgewählten, repräsentativen Schulen?
- Warum ließ man diejenigen, die täglich mit der Einschätzung von Kindern zu tun haben, die sogar brauchbare Modelle entwickelt haben, außen vor?

Fazit:

Mit »Kompolei« wurde für die Grundschulen ein Verfahren der Entwicklungs- und Leistungsbewertung verbindlich vorgeschrieben, an dessen Entwicklung die betroffenen Schulen nicht oder zumindest nicht ausreichend beteiligt waren. In der vorliegenden Form ist es kein hilfreicher Baustein einer individuellen Entwicklungsförderung, sondern mit seiner Orientierung an einem definierten »Regelstandard« ein Instrument zur rechtssicheren Zuweisung zu einer der »Säulen« des weiterführenden Schulsystems, für die es den Teilbereich der kognitiven Leistungen in Deutsch und Mathematik unvertretbar dominant gewichtet. Im Widerspruch zur Verpflichtung zu einer inklusiven Schule schafft es Barrieren und ist eher geeignet, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildung weiter zu verfestigen. Die Orientierung am Modell einer Kompetenzorientierung ist kritisch zu bewerten.

Dem Anspruch größerer Transparenz und besserer Verständlichkeit kann Kompolei mit der Komplexität der Beschreibung einzelner Kompetenzen nicht gerecht werden; dies gilt verstärkt für Schulen mit einer Konzentration schwieriger Ausgangslagen in der Schülerschaft. Darüber hinaus gibt es Kritik an der Beschreibung, Skalierung, Abstufung und Gewichtung der Kompetenzbereiche.

Die Verfasser/innen und Unterzeichner/innen dieser Stellungnahme lehnen Kompolei in der vorliegenden Form ab. Sie fordern und erwarten eine Rücknahme der verbindlichen Einführung von Kompolei zugunsten einer gründlichen und an der Zielvorgabe Inklusive Schule orientierten Beratung eines entwicklungsfördernden Systems der Leistungsrückmeldung unter tatsächlicher Beteiligung aller betroffenen Schulen.

»Marktöffnung schafft Fluchtursachen«

GEW-Tagung »Internationales«: Gewerkschaftliches Handeln in Zeiten des globalisierten Kapitalismus

Werner Pfau

■ Die Tagung »Internationales« des Hauptvorstandes der GEW fand am 25. und 26. November in Bad Hersfeld (Hessen) statt. Sie erkundete den Zusammenhang von weltweit zunehmender Verarmung und Kriegsgefahr. Und warf die Frage nach der Rolle der Gewerkschaften auf.

Internationale Arbeit in der GEW

Das Hotel war fast etwas zu gediegen, der zugehörige Kurpark zu idyllisch für die ernsten Fragen, die auf dem jährlich stattfindenden Treffen verhandelt wurden. Geladen waren um die 50 Aktive aus dem Bereich der internationalen Arbeit. Aus Bremen nahmen Emin Akbas vom AK Kurdistan und der Autor dieser Zeilen für den neugegründeten AK Internationales teil. Die große Bedeutung des Themas für die GEW wurde auch an der Anwesenheit der Vorsitzenden Marlies Tepe deutlich, die nicht nur Rechenschaft über das vergangene Jahr ablegte, sondern sich auch rege an den Diskussionen beteiligte. Überhaupt zeigte sich die große Bandbreite der Aktivitäten: Sie reicht von sozialen Projekten wie Fair Childhood über die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften – beispielsweise F-Synter in Burkina Faso – bis hin zur Mitarbeit in Gremien auf europäischer und internationaler Ebene, im Rahmen der sog. Bildungsinternationale. Eigene Arbeitskreise gibt es nur in Bremen, Hessen und Sachsen, viele Mitglieder arbeiten jedoch in speziellen Projekten oder sind in den Arbeitskreisen zu Migration und Antidiskriminierung aktiv.

Thema: Fluchtursachen

Den Auftakt der Tagung bildeten zwei Vorträge, die sich dem Thema von verschiedenen Seiten annäherten. Ramona Lenz (Medico International) konzentrierte sich auf die heute viel beschworenen Fluchtursachen. An statistischem Material und prägnanten Länderbeispielen demonstrierte sie, wie u.a. Landraub, Rohstoffhandel und Umweltzerstörung Menschen in die Flucht treiben. Dabei verfiel sie nicht in die Unsitte, Launen der Natur oder geheimnisvolle »Teufelskreise« für die beschriebenen Phänomene verantwortlich zu machen. Stattdessen diente ihr die seit den achtziger Jahren betriebene neoliberale Strategie von Marktöffnung und Deregulierung als theoretischer Rahmen.

Thema: Kriegsgefahr

Den zweiten Vortrag bestritt Reiner Braun vom Internationalen Friedensbüro. Sein Vortrag betrachtete die ökonomische Entwicklung im Hinblick auf ihre kriegsträchtigen Auswirkungen. Je mehr sich der Gegensatz von Arm und Reich weltweit zuspitzt, um so stärker steigt die Zahl militärischer Konflikte. Berücksichtige man das angespannte Verhältnis zwischen dem Westen und Russland, so ist laut Braun im Moment durchaus die Gefahr eines Weltkrieges gegeben. Trotz anderslautender Rhetorik sei auch von der Regierung Trumps keine Entspannung mit Russland zu erwarten. Braun forderte eine neue Friedensbewegung; mit gewerkschaftlicher Beteiligung.

Lebhafte Diskussionen

In der anschließenden Diskussion wurde auf diesbezügliche Widersprüche innerhalb des DGB verwiesen: Gerade vor dem Hintergrund verschärfter internationaler Standortkonkurrenz neigen gewerkschaftliche Vertreter traditionelle industrieller Branchen eher zur sozialpartnerschaftlichen Klüngelei mit »ihren« Konzernführungen, was auch jene einschließt, die am Geschäft mit dem Krieg verdienen. Eine Parallele dazu ergab sich nach dem Vortrag von Sakine Yilmaz, der Generalsekretärin von Egitim Sen, über den wir hier nichts berichten, weil es einen ausführlichen Text über ihren Besuch in Bremen gibt (zu lesen auf Seite 26). Erwähnt sei aber, dass eine Kollegin von den Schwierigkeiten berichtete, alle DGB-Gewerkschaften hinter eine gemeinsamen Verurteilung der türkischen Regierungspolitik zu bringen – manche halten sich bedeckt, um ihre türkischstämmigen Mitglieder nicht aufzuschrecken. Dann ist Erdogans Spiel in Deutschland wohl aufgegangen. Ein Kollege aus Sachsen ergänzte, bei dortigen Personalräten sei bereits eine Furcht zu spüren, sich gegen Pegida und Co.auszusprechen. Grund genug für das Thema der nächsten Tagung: Das internationale Erstarken der Rechten.

■ Der erst seit wenigen Monaten existierende *GEW-Arbeitskreis Internationales* hat zu einer Informationsveranstaltung zum Thema Türkei: Gleichschaltung der Bildung? eingeladen und etwa 100 Menschen kamen. Auf dem Podium saßen die Soziologen Dr. Cetin Gürer und Dr. Ulrike Flader sowie die Generalsekretärin der türkischen Lehrergewerkschaft Egítim Sen, Sakine Yilmaz, die alle drei aus politischen Gründen die Türkei verlassen mussten.

Willkür als Regierungsprinzip

Situation in der Türkei: GEW-Veranstaltung des Arbeitskreises Internationales

Karl-Heinz Pitz

Karl-Heinz Pitz
Schulzentrum
Rübekamp

Zuerst beschrieb Flader, die Frau von Cetin Gürer, die Willkür des Systems, die sie am eigenen Leib dadurch erfahren hat, dass sie genauso wie ihr Mann ihre Stelle an der Universität in Istanbul verlor, weil ihr Mann die Petition der Akademiker für den Frieden zusammen mit 1117 anderen unterschrieben hatte. Flader beschrieb die Stationen der Eskalation der vergangenen zwei Jahre: Von der Nichtakzeptanz der vorletzten Wahlen, über Massaker und willkürliche Angriffe – vor allem auf Städte in Kurdistan – und die Entlassung vieler Menschen führte die Entwicklung zu einer totalen Militarisierung der kurdischen Städte, in denen viele Schulen zu Polizeistationen gemacht werden. Es werden willkürlich vor allem Frauen und Kinder erschossen und sogar verhindert, dass die Angehörigen die Toten bestatten können, so dass die Leichen tagelang auf den Straßen liegen. Aufgrund dieser Zustände spricht die Petition der Akademiker für den Frieden von Krieg gegen die eigene Bevölkerung: »Die Petition hat den Staat auf frischer Tat ertappt« und die Geschehnisse beim Namen genannt. Verbale Kritik wird als Gewalt bezeichnet und mit dem inflationären Gebrauch des Wortes »Terrorismus« durch Erdogan wird jegliche Kritik, die nicht auch die Kritiker kritisiert, zum Verbrechen.

Danach bezeichnete Dr. Gürer das Regierungssystem in der Türkei als faschistisch, auch wenn es noch nicht soweit ist, dass alle Oppositionsparteien und Organisation verboten sind. Dass der Faschismusvorwurf berechtigt ist, wird nicht nur durch die enge Verzahnung der Regierungspolitik mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem deutlich, sondern auch durch die so genannte Gleichschaltung durch Treuedienst in allen öffentlichen Ämtern. Das heißt, nach der Entlassung von mehr als 30.000 Staatsbediensteten werden nach und nach alle öffentlichen Ämter mit AKP-treuen Personen besetzt und wenn davon nicht genügend zu finden sind, begleitet eine AKP-treue Person auch schon mal mehrere Ämter (Uni-Präsident, Dekan, Rektor, etc.) gleichzeitig. Insgesamt ist festzustellen, dass auf allen Ebenen Wahlen abgeschafft werden und Hochschulrektoren und Richter einfach nur eingesetzt werden.
Ähnlich wie 1933 der Reichstagsbrand Adolf Hitler sehr zu pass kam – auch damals fing die Verfolgung aller kritischen Kräfte an – so war auch der Putsch in der Türkei für Erdogan ein Geschenk Allahs: Ab sofort reichte für alle kritischen Kräfte der bloße Terrorismusvorwurf aus, um jemanden zu verfolgen, Beweise waren nicht mehr nötig und der juristische Weg, sich gegen solche Vorwürfe zu wehren, wurde unterbunden: »Wenn die Macht auf das Leben abzielt, wird das Leben zum Widerstand gegen die Macht!«

Türkeiexperten zu Gast bei der GEW Bremen

Zum Schluss ordnete die Generalsekretärin der Lehrergewerkschaft Egetim Sen Frau Sakine Yilmaz, die Gleichschaltung des Bildungswesens politisch ein: Während früher das Bildungswesen laizistisch, wissenschaftlich und demokratisch aufgebaut war, wird es jetzt zunehmend islamisiert und im Sinne der AKP ideologisiert. Und die kurdische Sprache wurde früher und wird heute noch in den Schulen verboten. Mehr als 70.000 Lehrkräfte wurden suspendiert, davon allein 9.400 von der Lehrergewerkschaft Egítim Sen. Für 120.000 Kinder ist das Recht auf Bildung so gut wie abgeschafft. Vor allem in den Kurdengebieten wurden viele Schulen und Krankenhäuser zu Polizeistationen umfunktioniert. Nach ihrer Aussage ist das Ziel des Erdogan-Regimes, Angst zu verbreiten und die Bildung niedrig zu halten, denn wenig Bildung führt zu mehr Kindern, die dann zu Kinderarbeit und früher Verheiratung herangezogen werden können.

Gleichzeitig ist aber der Waffenimport aus Deutschland enorm angestiegen. Das heißt in Deutschland und auch besonders in den Gewerkschaften in Deutschland sollte man sich überlegen, wie die Waffenproduktion zu drosseln oder ganz eingestellt werden kann, was insbesondere in Bremen – eines der Zentren deutscher Rüstungsindustrie – wichtig ist. Sakine Yilmaz forderte der Globalisierung der Unternehmen eine Globalisierung von unten entgegen zu setzen und ein erster Schritt dahin wäre, wenn die Gewerkschaften dafür sorgen würden, dass auf deutschen Boden keine einzige Waffe mehr produziert wird.

Unser Mann in Ankara

Die diplomatischen Verrenkungen des Außenministers. Trotz kritischer Worte hält die Bundesregierung an ihrem guten Verhältnis zur Türkei fest

Werner Pfau

■ Steinmeier vergisst seine Freunde nicht

»Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!« Es ist an der Zeit, diese alte Parole zu überdenken: Sozialdemokratische Politik ist keineswegs notorisch illoyal – sie kann ausgesprochen treu sein! Nehmen wir den deutschen Außenminister als Bespiel. Seine eherne Treue zu Präsident Erdogan hat er stets eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Durch seine Abwesenheit bei Verabschiedung der Armenien-Resolution, die zu verhindern er nicht geschafft hat. Durch seine Empathie für die Empfindlichkeiten der türkischen Regierung. Letztere ist nämlich von der Jagd auf Verräter so mitgenommen, dass ihr die Aufführung des Theaterstücks »Aghet« im deutschen Generalkonsulat in Istanbul nicht zuzumuten war: Steinmeier ließ sie absagen. Die Thematik des Völkermordes an den Armeniern war – selbst in zensierter Form – einfach zuviel der Provokation für »unseren« NATO-Partner.

Steinmeier muss auch mal böse werden

Doch genug ist genug. Seit Erdogan es mit den Massenverhaftungen doch etwas übertreibt, kann der Außenminister nicht länger schweigen. Als die Parteispitze der HDP verhaftet wurde, ließ das Außenamt den türkischen Geschäftsträger einbestellen. Bei seinem Besuch in der Türkei sprach Steinmeier die Menschenrechte zwar an, fügte jedoch eilfertig hinzu, es handle sich bloß um ein ernstes Wort unter Freunden. Er besuchte Vertreter der Opposition und bekundete seine Sorge, tat dies alles jedoch nicht, ohne zugleich viel Verständnis für die türkische Seite zu äußern, die nämlich »Krieg und Zerstörung« in den Nachbarstaaten Syrien und Irak erleben müsse. Kein Wort davon, dass beides durch die Politik Erdogans mit angefacht wurde; etwa durch Unterstützung des IS und der Al Nusra Front in Syrien – Can Dündar musste fliehen, weil er das aufgedeckt hat. Steinmeier machte die Türkei zum Opfer und bat seinen Kollegen treuherzig: »Lieber Mevlüt, wir sehen das, und wir vergessen das nicht, wir haben das immer im Blick.«

Steinmeier redet manchmal Klartext

In einem Interview Steinmeiers mit der Berliner Morgenpost erfährt man, auf welchen imperialen Interessen die Männerfreundschaft mit »Mevlüt« beruht. »Ob das allen in Deutschland gefällt oder nicht: Die Türkei bleibt das Schlüsselland für den Mittleren Osten. Nicht nur wegen eines Militärflughafens, den wir nutzen. Nicht nur wegen der 2,5 Millionen Flüchtlinge aus der Region, die die Türkei aufgenommen hat.« Als Ostflanke der Festung Europa hat die Türkei nun einmal den Auftrag bekommen, die Opfer von Armut, Krieg und Terror davon abzuhalten, den Ländern einen Besuch abzustatten, die von ihrem Elend profitieren. Den Lohn dafür gibt es in Form von einigen Milliarden Blutgeld und gestiegener politischer Bedeutung. Nicht nur den Putsch, ebenso das Flüchtlingsabkommen dürfte Erdogan als Geschenk Allahs aufgefasst haben.

Der Clou an Merkels humanitärer Standhaftigkeit: Sind auch die Maghreb-Staaten mit Abkommen nach türkischem Vorbild eingekauft und ist der Festungsring um Europa somit geschlossen, bedarf es ohnehin keiner Obergrenzen mehr. Den Übertritt schaffen nur noch die, die der europäischen Grenzmafia genug zahlen oder geholt werden, weil sie vom BDI dafür vorgesehen sind, Löhne zu drücken und Deutschlands Fachkräftemangel zu beheben. Gegenüber solcher imperialen Eleganz wirkt die Forderung der CSU nach Kontingenten geradezu bieder. Aber auch irgendwo ehrlicher.

Steinmeier ist gegen Gewalt - zumindest die der Kurden

Der Außenminister kennt freilich noch weitere Gründe für seine Anhänglichkeit, nämlich »...drei Millionen Menschen türkischer Abstammung«, die in Deutschland leben. Kurden gibt es darunter wohl nicht – handelt es sich um »Bergtürken«, Herr Steinmeier? Indessen, warum sollte das die deutsche Regierung kümmern? Es wäre ja schade, wenn die jährlichen Waffenexporte in Milionenhöhe nicht auch zur »Konfliktlösung« in Cizre und Diyabakir eingesetzt würden. Kämpft die kurdische Guerilla in der Türkei gegen Armee oder Polizei, fällt das unters PKK-Verbot. Steinmeier und überhaupt die Bundesregierung lehnen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung nämlich strikt ab, die kurdische, versteht sich. Es sei denn, dieselben Kämpfer erledigen, unter dem Namen YPG, in Syrien die Drecksarbeit gegen den IS; für letztere ist das Leben europäischer Bodentruppen einfach zu kostbar. Dafür sind die Kurden dann wieder gut genug und bekommen sogar deutsche bzw. amerikanische Ausbilder. Um bei solchen diplomatischen Verwicklungen den Überblick zu behalten: Da braucht es schon den Präsidenten in spe.

Im Kampf um eine demokratische Schule

Lehrerverein und Lehrerinnenverein nach dem ersten Weltkrieg

Jürgen Burger

■ Zu Beginn des ersten Weltkrieges waren viele Lehrkräfte zum Militär einberufen worden. Bis 1918 waren 92 Volksschullehrer, 27 Lehrer an höheren Schulen und 52 Seminaristen gefallen. Ruheständler und Hilfskräfte hielten oft den Unterricht aufrecht. Außerdem wurden einige Schulen zu Lazaretten und wegen der allgemeinen Hungersnot wurden Schulspeisungen eingeführt. Im Januar 1918 kam es in Bremen – wie in vielen anderen Städten – zu Hungerrevolten und Streiks.

Am 06. November 1918 trafen auf dem Hauptbahnhof Matrosen aus Kiel ein, die gegen den Krieg revoltierten, und marschierten zur AG »Weser«-Werft. 48 Stunden später hatte sich der in den Betrieben und Kasernen gewählte Bremer Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der am 14. November die Regierungsgewalt übernahm. Diese revolutionären Ereignisse änderten die politischen Bedingungen für die Lehrkräfte grundlegend.

Lehrerkammer, Lehrerrat und Schulleiterwahl

Am 23. November fand eine Versammlung aller Lehrerinnen und Lehrer mit ca. 1800 TeilnehmerInnen statt, die sich als »Lehrerkammer« konstituierte und einen »Lehrerrat« gründete, der aus den einzelnen Gruppen von je 50 Lehrkräften bzw. Seminaristen gewählt wurde. Vorsitzender des Rates wurde H. Lüdeking, der langjährige Vorsitzende des Bremischen Lehrervereins.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte einen »Bildungsausschuss« eingesetzt, dem die BLV-Mitglieder H. Böse und H. Eildermann angehörten. Am 07. Januar 1919 verfügte der Ausschuss die Abschaffung des Religionsunterrichts und der Morgenandachten, die Wahl der Schulleiter durch das Kollegium und die Wiedereinstellung der vor 1914 gemaßregelten sozialdemokratischen Lehrkräfte. Diese Verordnung war im »Verein sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen« vorbereitet worden, in dem sich der linke Flügel des BLV am 02. Januar zusammengefunden hatte.

Schon wenig später, am 04. Februar, wurde die Bremer Räterepublik durch die militärische Intervention der Reichsregierung niedergeschlagen. Es wurde eine provisorische Regierung eingesetzt. Diese bestätigte zunächst die Verordnung des Bildungsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates. Die weiteren schulpolitischen Entscheidungen waren jetzt von der am 09. Februar gewählten bremischen Nationalversammlung zu treffen.

Die Lehrerkammer existierte zunächst weiter. Im Sommer 1919 wurde sie in eine Deputierten-Versammlung mit 111 Mitgliedern umgewandelt, zu der am 21. September Listenwahlen stattfanden. Dabei gab es keine BLV-Liste, sondern die bekannten Vertreter kandidierten auf mehreren Listen. Die meisten Stimmen erhielt der Lehrerinnenverein mit 29 Sitzen. Es folgten die »Pädagogische Liste« mit dem ehemaligen »gemäßigten« BLV-Vorsitzenden K. Karrenberg (17), die »Liste der Schulreformer« mit F. Gansberg und die »Liste der akedamisch gebildeten Lehrkräfte« (je 13). Die »Liste der sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen« mit dem aktuellen BLV-Vorsitzenden H. Lüdeking erhielt 8 Sitze. Danach folgten noch mehrere regionale (z.B. Vegesack) und gruppenspezifische Listen (z.B. die »Unpolitische Liste der Hilfslehrer und Kriegsseminaristen«, auf der der spätere SPD-Abgeordnete und Bildungssenator C. Paulmann kandidierte). Insgesamt stellten die Mitglieder des BLV und des Lehrerinnenvereins die große Mehrheit.

Die Lehrerkammer war die erste offizielle Vertretung der bremischen LehrerInnenschaft. Das im Reichstag 1920 verabschiedete Betriebsrätegesetz sah noch keine Personalvertretung der Beamten vor, diese wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt. Die Lehrerkammer fand auch in der neuen bremischen Verfassung vom 18. Mai 1920 keine Berücksichtigung. Der Bereich der Staatsbeamten blieb ein mitbestimmungsfreier Raum. Die Kammer löste sich auf. Schon vorher war die Fraktion der akademisch gebildeten Lehrkräfte ausgezogen.

Der größte Erfolg der Lehrerkammer war im Oktober 1919 die Verabschiedung des Gesetzes über die Schulleiterwahl durch das Kollegium. Die Wahlen wurden am 02. November durchgeführt. Die Schulvorsteher, die sich zur Wahl stellten, wurden alle bis auf einen im Amt bestätigt. Ein Teil stellte sich nicht zur Wahl und schied aus dem Dienst aus. Die Vorsteher reichten gegen dieses Verfahren Klage beim Reichsgericht ein. Das Gericht erklärte 1923 zwar die Amtsenthebungen von 1919 für rechtswidrig, bestätigte aber das Wahlverfahren für die Zukunft als rechtsgültig. Bis zum Beginn der NS-Diktatur blieb das leicht veränderte »Gesetz über die kollegiale Schulleitung und die Schulleiterwahl« in Kraft.

Der BLV als »Berufsgewerkschaft«

Entsprechend seiner Vorkriegstradition entwickelte der BLV ab 1919 weit gefächerte Aktivitäten pädagogischer und schulpolitischer Art. Zu den monatlichen Arbeitsversammlungen wurden oft auswärtige Referenten eingeladen. Viele bekannte BildungsreformerInnen der Weimarer Republik waren hier zu Gast, u.a. Anna Siemsen, F. Kahrsen, G. Wynicken, K. Löwenstein, L. Nelson und F. Klatt. Es gab pädagogische Arbeitsgemeinschaften (Geschichte, Schreiben, Lichtbildwesen) und Ausschüsse (Schulpolitik, Lehrerbildung, Schulgesundheitspflege, Berufsberatung, Schulbücher). Ab 1922 hatte der Verein mit der »Bremischen Lehrerzeitung« ein eigenes Presseorgan. Neu war gegenüber der Kaiserzeit, dass jetzt, in der demokratischen Republik, für die der BLV auch programmatisch eintrat, Fragen der materiellen und berufspolitischen Interessenvertretung einen höheren Stellenwert einnahmen.

Im März 1922 erklärte sich der BLV mit einer neuen Satzung zur »Berufsgewerkschaft« und wurde Mitglied der »Arbeitsgemeinschaft Bremischer Beamtenverbände«. Den freien Gewerkschaften bleib er bis nach dem Zweiten Weltkrieg fern. Trotzdem führte das (noch rein theoretische) Bekenntnis zum »Beamtenstreik« dazu, dass eine kleine Gruppe, die eine gewerkschaftliche Organisation ablehnte, zusammen mit den Resten der althergebrachten »Konferenz bremischer Volksschullehrer« den »Bremischen Lehrerbund« gründete. Er hatte ca. 200 Mitglieder, während im BLV ca. 900 VolksschullehrerInnen und einige demokratisch-sozialistisch orientierte Lehrer höherer Schulen organisiert waren. Daneben gab es im Bereich der akademisch ausgebildeten Lehrkräfte den schon vor 1914 gegründeten Philologenverein.

1922/23 führte die Inflation zu einem immer schnelleren Gehaltsverfall. Der BLV kämpfte um eine neue Gehaltsordnung und schulte »Gehaltsrechner« für jedes Kollegium. Besonders schlecht waren die Verhältnisse für die Junglehrer, die nach dem Krieg zunächst nur als »Helfer« oder »Dauervertreter« mit halbem Gehalt eingestellt wurden. Sie erhielten im BLV eine eigene Vertretung, die »Vertreter- und Helfergemeinschaft«. Zusammen mit den Hilfslehrern, die sich auf das zweite Staatsexamen vorbereiteten, wählten sie den »Junglehrer-Ausschuss«.

Der Personalabbau im Beamtenbereich traf auch besonders die verheirateten Lehrerinnen. Zwar war das »Lehrerinnenzölibat« durch die Weimarer Verfassung aufgehoben, aber jetzt mussten sie als »Doppelverdiener« den Dienst verlassen. Die verheirateten Lehrerinnen im BLV legten eine Entschließung vor, in der sie sich gegen das Argument wehrten, dass sie den arbeitslosen Junglehrern den Platz wegnähmen. Aber sie hatte keinen Erfolg.

Foto: Das »Museum am Domshof« war von 1919 bis 1933 Sitz des Bremischen Lehrervereins. Das Gebäude war 1875 an Stelle eines älteren Vereinshauses von der bürgerlichen Bildungsgesellschaft »Museum« errichtet worden. 1911 war es an die benachbarte Deutsche Bank verkauft worden, die es an den BLV verpachtete. Das Haus brannte im zweiten Weltkrieg aus und wurde 1952 abgerissen.

Der Lehrerinnenverein

Die Organisation der Frauen war unterschiedlich: 1924/25 waren unter den 914 BLV-Mitgliedern 235 weiblich. Daneben gab es den Lehrerinnenverein, der im Unterschied zum BLV nicht berufsständisch geprägt war. Er vereinigte Volksschullehrerinnen, Lehrerinnen der höheren Schulen, Berufs- und Fachschullehrerinnen und Lehrerinnen für Turnen und Nadelarbeit. Vorsitzende waren während der Weimarer Republik Anna Kalthoff, Emmy Grave und Elisabeth Forck. Der Verein kämpfte insbesondere für die Verbesserung der Mädchenbildung. Dabei arbeitete er mit dem »Frauenerwerbs- und Ausbildungsverein« zusammen. Ein Erfolg der Arbeit war die Einrichtung neuer höherer Schulen für Mädchen, nachdem schon 1916 das erste städtische Lyzeum an der Kleinen Helle eingerichtet worden war.

Vereinskultur

Charakteristisch für diese Zeit ist, dass die Vereinsarbeit sich nicht auf pädagogische und schulpolitische Debatten beschränkte. Ähnlich wie in der Arbeiterbewegung gab es ein vielfältiges soziales und kulturelles Angebot. Im BLV gab es den Lehrergesangverein, das Lehrerorchester, den Frauenchor, den Lehrer-Leseverein, das Vereinstheater, die Lehrer-Krankenkasse und die Verwaltung der Sterbekasse. Der Lehrerinnenverein organisierte Kabarettabende und jährliche Lehrerinnenfeste. Der Chronist des BLV, Hinrich Wulff, schrieb 1949: »Der Lehrerverein war eine kleine Welt für sich.«

»Dauerstellen für Daueraufgaben«

Ein Kodex für gute Beschäftigung an Bremens Hochschulen

Inge Kleemann

■ Im November wurde der Rahmenkodex »Vertragssituationen und Rahmenbedingungen von Beschäftigungen an den staatlichen Bremischen Hochschulen« feierlich unterzeichnet. Diesen Kodex hat die GEW unter dem Dach des Arbeitskreises Hochschulpolitik des DGB in den vergangenen anderthalb Jahren mit der senatorischen Wissenschaftsbehörde und den Hochschulleitungen mitverhandelt. Auch wenn wir uns nicht mit allen Forderungen durchsetzen konnten, wurden im Kodex übergreifende Leitlinien sowie konkrete Maßnahmen für bessere Beschäftigungsbedingungen im Wissenschaftsbereich festgelegt. Die Prinzipien des Kodex sollen zudem in die anstehende Novelle des Bremischen Hochschulgesetzes Eingang finden.

Für die GEW war die Schieflage mit einem Verhältnis von neun befristeten zu einer unbefristeten Stelle sowie die hohe Anzahl der Lehraufträge Anlass, die Verhandlungen anzustoßen. Im Kodex bekennen sich nun die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz und alle Hochschulleitungen zu dem Prinzip »Dauerstellen für Daueraufgaben«. Die Hochschulen verpflichten sich dazu, in Personalkonzepten ein sachgerechtes Verhältnis von unbefristeten zu befristeten Stellen festzulegen und zu bestimmen, für welche Aufgaben Dauerstellen vorzuhalten sind. Konkretere Maßnahmen werden allerdings nicht benannt. Gewerkschaften und Interessenvertretungen hatten vorgeschlagen, Beschäftigte spätestens nach achtjähriger Beschäftigung regelhaft zu entfristen. Dazu wollten sich die Senatorin und die Hochschulleitungen jedoch noch nicht bekennen. Auch gegen eine regelmäßige Berichtspflicht über den Einsatz von Lehraufträgen haben sich die Hochschulen vehement gesperrt. So bleibt es im Kodex bei dem Bekenntnis, den Einsatz von Lehraufträgen zu begrenzen und nicht als Ersatz für existenzsichernde und sozialversicherungspflichtige Stellen in der Lehre zu mißbrauchen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Verhandlungen lag bei der Ausgestaltung befristeter Beschäftigungsverhältnisse im wissenschaftlichen Mittelbau. Der Kodex sieht nun Mindestvertragslaufzeiten für Erstverträge, eine Promotionsvereinbarung, regelmäßige Karrieregespräche, frühzeitigere Sicherheit über Vertragsverlängerungen und einen höheren Anteil der Arbeitszeit für die wissenschaftliche Qualifikation, z.B. Promotion vor. Für die befristeten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Qualifikationsphase konnten wir insgesamt deutlich verbesserte Rahmenbedingungen erreichen. Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf halben Stellen bleiben allerdings weiterhin benachteiligt. An der ungerechten Praxis, dass sie ihre wissenschaftlichen Arbeiten hauptsächlich in ihrer Freizeit schreiben müssen, konnten wir leider nicht rütteln. Eine feste Mindeststundenzahl für die Arbeit an der Qualifikationsarbeit ließ sich in diesen Verhandlungen nicht durchsetzen.

An der zentralen Ursache für den hohen Anteil von befristeten Stellen ändert der Kodex jedoch zunächst einmal nichts. Aufgrund der Unterfinanzierung sind die bremischen Hochschulen in einem hohen Maße auf zeitlich befristete Mittel angewiesen und zögern unbefristete Stellen zu schaffen. Die schwierige Finanzlage enthebt die Hochschulen allerdings nicht der Verantwortung eine langfristige Personalplanung vorzulegen. In Lehre und Forschung, vor allem aber im Drittmittelbereich, müssen die Hochschulen Dauerstellenkonzepte entwickeln und mehr Stellen entfristen. Gute Beschäftigungsbedingungen müssen allerdings auch finanzpolitisch unterstützt werden. Daher fordern Gewerkschaften und Arbeitnehmerkammer, dass Land und Bund für höhere Grundmittel sorgen, anstatt – wie seit Jahren üblich – öffentliche Gelder in Drittmittelkanäle und zeitlich befristete Pakte umzuleiten.

Siege am Tisch und in der Halle

Perfekt am Ball:
Die Bremer GEW-Fußballer

■ Fast ungeschlagen blieb die Fußballmannschaft der Bremer GEW beim diesjährigen Hallenturnier in Saalfeld/Thüringen. Nach einem abendlichen Kickerturnier, welches wir souverän mit fünf Siegen und einer knappen Niederlage nach Hause brachten, wurde uns am nächsten Morgen bei sechs Spielen alles abverlangt. Durch drei Siege, zwei Unentschieden und nur einer Niederlage gegen den Lokalmatador aus Jena – ausgestattet mit Heimschiedsrichter – lagen wir am Ende auf Platz zwei. Hochzufrieden, auch der beste Spieler wurde aus unseren Reihen gekürt (Lutz von der Geschäftsstelle), und voll beladen mit Preisen aus der Region (Bier, Schokolade, Würstchen…) traten wir den langen Heimweg nach Bremen an. Nächstes Jahr findet das 25. Turnier in Bremen statt! Es bewegt sich was!

Wilfried Meyer

Buchtipps
Zusammengestellt von der Redaktion

Literarische Vielfalt in die Schule!

Marion Bönnighausen, Jochen Vogt
Literatur für die Schule – Ein Werklexikon zum Deutschunterricht
W. Fink Verlag 2014, 871 Seiten, 39,99 €

Der gängige Deutschunterricht erweckt zuweilen den Eindruck, die deutsche Literatur bestünde aus ca. drei Romanen, vier Dramen, sechs Kurzgeschichten und einigen wenigen Gedichten. Um so erfreulicher ist das Anliegen des hier anzuzeigenden Werklexikons, den ganzen Reichtum der deutschen Literaturgeschichte in Artikeln so darzustellen, dass ihre Eignung für schulische Zwecke deutlich werde. Hervorzuheben ist der weite Literaturbegriff: Neben den Romanen, Dramen und der Lyrik des klassischen Kanons werden Kinder- und Jugendliteratur, Kriminalromane und – in begrenztem Umfang – theoretische Schriften, Essays, Reden und Reportagen vorgestellt. Diese Vielfalt verlockt zum Stöbern, zumal die Artikel kenntnisreich, dabei aber gut lesbar geschrieben sind. Erfreulich auch, dass in den Lyrikartikeln zahlreiche Gedichte zitiert werden, so kommt die Literatur selbst zu Wort. Für Deutschlehrer und -lehrerinnen eine bedenkenswerte, für die Fachbereichsbibliotheken der Schulen und Studienseminare eine unbedingt lohnende Anschaffung.

Sönke Landt

Was, wieviel und warum falsch geschrieben wird:

Katja Siekmann
Theorie, Empirie und Praxis effektiver Rechtschreibdiagnostik
Stauffenburg Verlag, Reihe Deutschdidaktik; Bd. 2, Tübingen 2014, 34,80 €

Der zweite Band der Reihe Deutschdidaktik des Stauffenburg Verlags widmet sich dem Thema Rechtschreibdiagnostik, das angesichts der im Durchschnitt offenkundig sinkenden Rechtschreibleistung deutscher Schüler leider sehr aktuell ist. Die Sammlung von verschrifteten Kongressbeiträgen macht deutlich, wie umstritten in diesem Bereich schon die theoretischen Grundlagen sind. Das betrifft die mittlerweile gängige Kategorie des lautgetreuen Schreibens, die, so die Autoren des Bandes, linguistisch präziser gefasst werden müsste als zumeist üblich, aber ebenso die vielen Lehrern und Didaktikern allzu selbstverständliche Annahme, die Silbe sei für den Schriftspracherwerb zentral. Auch wird die Frage kontrovers diskutiert, ob Kinder ein explizites oder implizites Regelwissen aufbauen sollten. Und schließlich buhlen verschiedene in sich schlüssige diagnostische Ansätze um die Gunst der Pädagogen. Einige davon werden in diesem Band vorgestellt oder sie bilden die Grundlage für empirische Untersuchungen. Fazit: Ein Lehrbuch gesicherten Wissens ist auf Grund der linguistischen Kontroversen momentan nicht zu haben. Wer aber genügend Neugier besitzt, um sich in die sprachdidaktischen Debatten hineinzudenken, wird dieses Buch mit Gewinn lesen.

Sönke Landt

(Ohn-)Macht der Rede:

Karl-Heinz Göttert
Mythos Redemacht – Eine andere Geschichte der Rhetorik
Fischer Verlag Frankfurt 2015, 24,99 €

Göttert will den Mythos der Macht der Rede entzaubern. Diese entfalte sich überhaupt nur im Kontext der europäischen (Rede-) Kultur und auch dort nur unter spezifischen Bedingungen. Welche Bedingungen aber erfüllt sein müssen, damit Rhetorik Hörer überzeugt bzw. überwältigt, wird nicht genügend geklärt. Die Analysen faschistischer Reden zeigen das besonders deutlich: Zwar stimmt Göttert der gängigen These einer manipulativen Propaganda nicht zu, vielmehr habe es ein Zusammenspiel von Verführern und Verführten gegeben. Dieses wäre also zu untersuchen, was eine sorgfältige Analyse des Bewusstseins der »Verführten« wie des Inhalts der Reden voraussetzte. Göttert begnügt sich aber mit eher vagen Hinweisen, in einem Fall etwa, dass einer Rede Hitlers lauschenden Industriellen »wohl aus der Seele gesprochen« worden sei, in einem anderen, dass im Hinblick auf die sozial gemischten Adressaten einer Rede zum 1. Mai mit dem Topos der zu ehrenden Arbeit der »allgemeinste gemeinsame Nenner« rhetorisch im Zentrum gestanden habe. Die damit immerhin noch vorhandene Erinnerung an den Inhalt der Reden und an das Bewusstsein der Zuhörer negiert der Autor allerdings, wenn er ein zeitgenössisches Zitat zustimmend anführt, das Hitlers Reden rundweg jeden gedanklichen Gehalt abspricht. Insofern ist konsequent, wenn der Autor im Wesentlichen doch nur die sattsam bekannten rhetorischen Figuren, den Sprachduktus, den Einsatz der Stimme usw. in Augenschein nimmt und damit letztlich der Manipulationsthese verhaftet bleibt.
In der Analyse anderer Reden verfährt Göttert allerdings differenzierter: Ein Glanzstück etwa die Untersuchung einer Rede Robespierres, der den Kopf des Königs fordert, dabei aber das Problem rhetorisch bewältigen muss, dass er zuvor als entschiedener Gegner der Todesstrafe hervorgetreten ist. Überhaupt versöhnt das Buch die Leser/innen mit seinen theoretischen Unschärfen durch die Vielfalt der untersuchten Reden, von der politischen Rede der Antike über die Predigt des Mittelalters bis hin zur modernen Parlamentsrede.

Sönke Landt

Der produktive Hass des Satirikers:

Richard Schuberth
Karl Kraus – 30 und drei Anstiftungen
Klever Verlag, Wien 2016, 256 Seiten, 22 €

K. Kraus, der bedeutendste Satiriker deutscher Sprache, spielt im Bewusstsein der Öffentlichkeit kaum eine Rolle, im Deutschunterricht taucht er so wenig auf wie in aktuellen Debatten. Das ist schade: So hätte ein (an-)gelegentlicher Blick in »Die letzten Tage der Menschheit« helfen können, die These, Schlafwandler hätten den 1. Weltkrieg verursacht, dem wohlverdienten Gelächter preiszugeben. Dabei sind die Möglichkeiten, Kraus kennenzulernen, dank Internet gut wie nie, die gesamte »Fackel« kann man online lesen (http://corpus1.aac.ac.at/fackel/). Diese Lektüre stellt den mit dem Werk nicht Vertrauten aber vor zahlreiche Schwierigkeiten, insbesondere da sich Kraus häufig in Gegner verbeißt, die heute gründlich vergessen sind. R. Schuberths »Karl Kraus – 30 und drei Anstiftungen« bietet eine kompakte Einführung in das komplexe Werk, auch wenn seine Intention – es will die mögliche aktuelle Bedeutung des Kraus'schen Denkens vor allem für die Linke deutlich machen – darüber hinausgeht. In 33 Aufsätzen, ursprünglich in Zeitschriften erschienen, werden zentrale Topoi der »Fackel« beleuchtet, wobei die

Schwerpunkte legitimerweise subjektiv sind, allein drei Essays befassen sich mit dem – zwiespältigen – Verhältnis von Kraus zum Sozialismus, ein weiterer stellt einen Vergleich zwischen Kraus und Adorno an. Einerseits kann man Schuberth keine blinde Apologetik nachsagen, der sehr eigenartige Sexismus des Satirikers etwa wird facettenreich dargestellt. Aufschlussreich gerade für die hiesigen Leser/innen, dem die österreichische Historie nur oberflächlich bekannt ist, sind auch die abwägenden Erläuterungen der Kraus'schen Haltung zum Dollfußregime und zum deutschen Faschismus. Andererseits verstellt dem Autor die Begeisterung für sein Objekt zuweilen doch die kritische Analyse. Dafür ein Beispiel: Bekanntlich teilt Kraus die demokratische Wertschätzung der »Vierten Gewalt« überhaupt nicht, vielmehr kritisiert er die Presse radikal und grundsätzlich, was angesichts einer zunehmenden Skepsis gegenüber den (Mainstream-)Medien auch von aktuellem Interesse sein könnte. Schuberths Lob allerdings, in dieser Pressekritik seien derart viele Aspekte »so klug ineinander verzahnt«, dass jeder Analyseversuch »von ihrem Verständnis wegführte«, ist für jemanden, der sich der Kritischen Theorie verpflichtet fühlt, erstaunlich unkritisch. Entsprechend oberflächlich bleiben die einschlägigen Ausführungen. Spannender und ergiebiger ist Schuberth dort, wo er dicht am jeweiligen Text argumentiert, etwa wenn er auf Kraus' Spuren der Sprachkomik Nestroys nachspürt oder die Bewunderung erläutert, die der österreichische Moralist dem vermeintlichen Zyniker Oscar Wilde entgegenbrachte. Nicht zuletzt diese Essays machen das Buch lesenswert. Sönke Landt

Umgang mit Kindern und Jugendlichen aus islamischen Familien

Ahmet Toprak, Sanem Kleff, Eberhard Seidel
Gender & Islam in Deutschland
DIN A5 Format 60 Seiten

Der »Baustein« kann auf der Homepage von »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« heruntergeladen oder als Broschüre dort bestellt werden. Ausgangspunkt der AutorInnen: In heterogenen Gesellschaften prallen unterschiedliche Wertvorstellungen aufeinander. Stets aufs Neue muss mühsam ausgehandelt werden, welches die gemeinsamen Umgangsformen und Rechtsnormen sind. Im schulischen Alltag gibt es derzeit große Unsicherheiten im Umgang mit Kindern und Jugendlichen aus muslimischen Familien. Dieser »Baustein« versteht sich als Beitrag zur interkulturellen Kompetenz in den Bildungseinrichtungen. j.b.

Die BLZ im Internet

Auf der Homepage der GEW Bremen kann direkt auf der Startseite der Schriftzug BLZ angeklickt werden. Viele gekürzte Artikel sind hier in ungekürzter Form nachzulesen.

Der Wahlausschuss informiert

Vorbereitungen zum 28. Gewerkschaftstag der GEW

Bis zum 5. Februar 2017 besteht die Möglichkeit der Einreichung von Wahlvorschlägen beim Vorstand des Wahlausschusses.
Vor diesem Hintergrund gibt der Wahlausschuss bekannt, dass gemäß geltender Satzung auf dem Gewerkschaftstag 2017 nachstehende Ämter durch Wahl zu besetzen sind:

1. Geschäftsführender Vorstand
Die Vorsitzende oder der Vorsitzende
(gemäß § 20, Ziffer 1a der Satzung);
Die Mitglieder der Arbeitsbereiche
(gemäß § 20, Ziffer 1b der Satzung)
- Finanzen
- Frauenpolitik
- Tarif- und Beamtenpolitik

Vier Mitglieder für die Organisationsbereiche
(gemäß § 20, Ziffer 1c der Satzung)
- Jugendhilfe und Sozialarbeit
- Schule
- Hochschule und Forschung
- Berufliche Bildung und Weiterbildung.

Gemäß § 20, Ziffer 4 wird aus der Mitte der Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes nach Ziffer 1 b) und 1 c) der Satzung die oder der stellvertretende Vorsitzende in einem gesonderten Wahlgang gewählt. Eine der beiden Vorsitzenden nach Ziffer 1 a) und Ziffer 4) soll eine Frau sein.

2. Bundesschiedskommission
Drei ständige und drei stellvertretende Mitglieder der Bundesschiedskommission (nach § 9 der Satzung).
Doro Moritz, Vorsitzende des Wahlausschusses,
Dorothea Schäfer, stv. Vorsitzende des Wahlausschusses
Bernard Göbel, Bericht erstattendes Mitglied

Frischluft

Bremen in Not?

■ Neulich morgens kam mir dieses Dingsbums, dieses Sammel-Mobil entgegen. Was doch für die Bildungsbehörde rumfährt. Zitat eines Kampagners: »Also diese Kampanje für die Werbung läuft doch gerade, für die Bildung, ne, also für die Qualität zu verbessern, damit Bremen nicht immer hinten auf den letzten Rängen rumlungern tut. Und auch als Beweis, dass Bremen etwas tuten kann, also tut für die Abgehängten. Endlich kam mal ne Schippe drauf es konnte durch den Verkauf der Bremer Landbank Geld für Dung, also Bil-Dung in die Hand genommen werden.«

Ich meinen Fotoapparat raus und mir ein Bild gemacht, also zwei. Einmal hat ich den Beifahrer drauf, irgendwie 'n komischer Kerl. Da stand das Mobil, also so'n Mobile, eher Mobilchen, vorm Bildungsbüro rum, heißt aber nicht mehr Rembertikreisel, sondern jetzt Bogedan-Reisen. Wahrscheinlich weil man nicht mehr genau weiß, wohin die Reise geht in Zukunft. Zweites Bild vom Mobil. Innen war es schon ganz schön voll in der geräumigen Kiste: Drei Bachelores hatten sie schon eingefangen, kamen aus Bologna und hatten noch 67 Kreditpoints in der Tasche. Dann vier Wasserbau-Ingenieure (Vier alle) aus Afrika ohne Abschluss und Sprachkenntnisse, die aber nachts gerade bei eingeschlagenem Fenster am LIS erwischt wurden, sie seien eben Seiteneinsteiger(?) Dann wurde noch einer mitgenommen, den man rauchend am Kippeneimer der Behörde hinterm Rembertigebäude hin fand. Er konnte sich aber als Staatsrat Bildung ausweisen, ist insofern für Schule ungeeignet, schade. Im Viertel ist man noch rumgefahren und da hängen ja immer die Studenten rum, kaufen Drogen und so.

Da aber Spielverderber Mäurer alle Dealer neulich weggeräumt hat, mussten sie rumlungern, waren also leichte Beute für unser Fängermobil, sagte mir der Fahrer. Er hat drei Kunststudenten eingesackt, die wohl an kreativen Schulen gut eingesetzt werden können, wissen aber noch nicht, ob sie noch Masterkunst machen wollen mit Bachelor, oder ob das schon weg kann. Das war so die normale Ausbeute einer Nacht und das macht Hoffnung, finde ich. Seit die Kampagne seit drei Monaten läuft, fällt weniger Unterricht aus und die Schulen stehen einfach optisch besser da vor Eltern und Presse. Denn sie sind bunter geworden, kaum einer kennt sich noch, auch alles jünger irgendwie, und die Ansprüche an Geld und Ferien und Verträge gehen eigentlich kontinuierlich und deshalb für die Staats-und Geldsäcke angenehm sparend nach unten.

Im Übrigen fährt das Mobil mit Benzin aus Afrika. Die abgekauten Geflügelreste, die wir dorthin liefern, kommen zurück und werden recycelt wieder unserer Bildungskette zugeführt, genial. Und der Rest der Reste der Reste wird zum Abschmieren der Nippel und der Handschuldenbremse bis 2020 im Bildungsmobil verwendet werden können. So bleibt auch die Kühlkette im Bildungswinter ohne Unterbrechung. Ich bin so froh, dass ich euch diesmal nur diese guten Nachrichten schreiben konnte. Achtet in Zukunft auf diese Kampagnen der Politiker, deren Ideen und Mut zu erleben, das tut einfach gut.

Wilfried Meyer

»Lernen«

»Im Leben lernt der Mensch zuerst gehen und sprechen. Später lernt er dann still zu sitzen und den Mund zu halten.«

Marcel Pagnol

»Schmeichelei«

»Die feinste Schmeichelei beschränkt sich darauf, die Rivalen oder Konkurrenten des andern herabzusetzen.«

Sigmund Graff

»Freiheit«

»Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern darin, dass er nicht tun muss, was er nicht tun will.«

Jean-Jaques Rousseau

»Staatsverschuldung«

»Das Budget muss ausgeglichen, der Staatsschatz aufgefüllt, die Staatsverschuldung vermindert, die Überheblichkeit der Bürokraten gedämpft und überwacht und die Unterstützung fremder Länder eingeschränkt werden, damit der Staat nicht bankrott gehe. Das Volk muss gezwungen werden zu arbeiten statt seinen Lebensunterhalt vom Staat zu erwarten.«

Marcus Tullius Cicero

belladonna

www.belladonna-bremen.de
Januar/Februar 2017

19.01.2017, 19.00 Uhr, **»Elisabeth Noltenius - Eine mutige Künstlerin«**, Lesung.
23.01.2017, 18.30 - 21.00 Uhr, **»Entdeckungsreise ins Alter«**, auch am 30.01., 06.02. und 13.02-2017, jeweils von 18.30 - 21.00 Uhr. Dieser Kurs befasst sich mit dem eigenen Altwerden.
26.01.2017, 18.00 - 20.00 Uhr, **»Bei der Nachbarin zu Gast«**, Interkultureller Austausch, muslimische und frauenbewegte Frauen lernen sich kennen. Mit Halime Cengiz und Maren Bock. Auch am 16.03.2017. Bitte Ort anfragen.
27.01.2017, 15.00 - 21.00 Uhr und 28.01.2017, 10.00 - 18.00 Uhr, **»Berufliche Perspektiven entwickeln«**, Seminar mit Nadja Plothe. Sie haben die Möglichkeit, sich Ihren beruflichen Wünschen zu widmen und Mut für den Aufbruch zu fassen.
29.01.2017, 14.00 Uhr, **»Max Liebermann«**, Kunstführung mit Kunstgespräch, Kunsthalle Bremen.
02.02.2017, 18.30 - 21.30 Uhr, **»Workshopreihe für gründungsinteressierte Frauen«**, Seminar, auch am 09.02., 16.02. und 23.02.2017, jeweils von 18.30 - 21.30 Uhr.
07.02.2017, 19.00 Uhr, **»Unter Leuten«**, von Julie Zeh. Literarischer Salon.
14.02.2017, 19.00 Uhr, **»Sportliche Frauen«**, Vortrag, Kunsthalle.
22.02.2017, 19.30 Uhr, **»Netze knüpfen«**, Erfahrungsaustausch.

Info: Tel.: 0421-703534.

Ensemble Schnürschuh Theater im Dezember 2016

16.12.2016, 20.00 Uhr, **»Herr Lehmann«**, Schauspiel. Auch am 17.12. und 21.12.20160 um 20.00 Uhr.
18.12.2016, 15.00 Uhr, **»Das tapfere Schneiderlein«**, Kindertheater.

Ensemble Schnürschuh Theater im Januar 2017

07.01.2017, 20.00 Uhr, **»Herr Lehmann«**, Schauspiel. Auch am 29.01.2017 um 18.00 Uhr.
08.01.2017, 15.00 Uhr, **»Der Froschkönig«**, Kindertheater.
11.01.2017 und 12.01.2017, jeweils um 09.00 Uhr und 16.00 Uhr, **»Das tapfere Schneiderlein«**, Kindertheater. Auch am 13.01.2017 um 09.00 Uhr und am 15.01.2017 um 15.00 Uhr.
16.01.2017, 09.30 Uhr, **»Engel mit nur einem Flügel«**, Jugendtheater.
17.01.2017, 10.00 Uhr, **»Tschick«**, Schauspiel. Auch am 18.01./19.01./20.01. und 23.01.2017, jeweils um 10.00 Uhr.
24.01.2017, 10.00 Uhr, **»Anders«**, Schauspiel. Auch am 24.01.2017 um 19.30 Uhr und am 25.01.2017 um 10.00 Uhr.
Info: Pressereferat **Tel.: 0421-555410.**

Theaterpädagogik
Jour Fixe für LehrerInnen, jeden ersten Mittwoch im Monat, jeweils von 17.00 - 19.00 Uhr, Treffpunkt Kleines Haus. Bitte bequeme Kleidung mitbringen.

MOKS

14.12.2016, 10.30 - 11.30 Uhr, **»Wunderbrut« (6+)**, auch 17.12. und 18.12.2016, jeweils von 16.00 - 17.00 Uhr. Im Anschluss »Nachspielzeit«, 19.12.2016, 10.30 - 11.30 Uhr.
20.01.2017, 19.00 Uhr, Brauhauskeller, Junge Akteure, **»Verlorene Jugend (14+)«**, Premiere. Renziehausen / Bohl / Renziehausen, im Anschluss Premierenfeier.
22.01.2017, 19.00 Uhr, Brauhauskeller, Junge Akteure, **»Verlorene Jugend (14+)«**, Renziehausen / Bohl / Renziehausen.
24.01.2017, 10.30 - 12.00 Uhr, Moks, **»Out of control (13+)«**, Eine Live-Animation Cinema-Projekt von »kainkollektiv & sputnic«. Bremer Schulen Eintritt frei.
26.01.2017, 19.00 Uhr, Brauhauskeller, Junge Akteure, **»Verlorene Jugend (14+)«**, Renziehausen / Bohl / Renziehausen.

Info: **Tel.: 0421 3653440.**

AWB

Für Ihre BLZ-Anzeigen:
»Anzeigen Werbung Berghorn«
Tel.: 0421-4919033 Info unter:
www.awb-bremen.de

bremer shakespeare company

»Shakespeare Company im Dezember 2016«

16.12.2016, 19.30 Uhr, **»Bob Shakespeare«**. The last Radio Show.
17.12.2016, 19.30 Uhr, **»Was ihr wollt«**. von William Shakespeare, mit einer Einführung um 19.00 Uhr.
18.12.2016, 11.00 Uhr, **»buffet & matinée: Royals«**. Literatur im Falstaff mit Petra-Janina Schultz und Markus Seuß.
18.12.2016, 16.00 Uhr, **»Der Teufel mit den drei goldenen Haaren«**. Schauspiel mit Musik für Kinder ab fünf Jahren nach dem Märchen der Brüder Grimm.
18.12.2016, 18.00 Uhr, **»Geflüchtet, unerwünscht, abgeschoben«**. Szenische Lesung aus der Reihe »Aus den Akten auf die Bühne«. Anschließend Diskussion mit Vertretern des Flüchtlingsrates.
20.12.2016, 19.30 Uhr, **»Öffentliche Probe: King Charles III«**. Von Mike Bartlett, deutsche Erstaufführung. Eintritt frei. Eine Reservierung ist nicht möglich.
22.12.2016, 16.00 Uhr, **»Der Teufel mit den drei goldenen Haaren«**. Schauspiel mit Musik für Kinder ab fünf Jahren nach dem Märchen der Brüder Grimm.
26.12.2016, 18.00 Uhr, **»Ein Sommernachtstraum«**. von William Shakespeare, mit einer Einführung um 17.30 Uhr.
27.12.2016, 19.30 Uhr, **»Viel Lärm um nichts«**. von William Shakespeare, mit einer Einführung um 19.00 Uhr.
28.12.2016, 19.30 Uhr, **»Doktor Faustus«**. Von Christopher Marlowe, mit einer Einführung um 19.00 Uhr.
29.12.2016, 19.30 Uhr, **»Was ihr wollt«**. von William Shakespeare, mit einer Einführung um 19.00 Uhr.
30.12.2016, 19.30 Uhr, **»Macbeth«**. Einführung um 19.00 Uhr.
31.12.2016, 16.00 Uhr, **»Wie es euch gefällt«**. Von William Shakespeare. Auch um 21.00 Uhr.

Info: **Tel.: 0421-500333.**

GEW Landesvorstand Bremen · Bahnhofsplatz 22-28 · 28195 Bremen
Postvertriebsstück · ZKZ 70871 DPAG · Entgelt bezahlt

Schöne Weihnachtsferien und ein gutes neues Jahr wünscht euch

Eure BLZ-Redaktion!

Ja 13 – weil Grundschullehrerinnen es verdienen!
Aktion vor der Bürgerschft am 16. November

Stadtverband Bremen

Januar 2017

10.01.	**Arbeitsgruppe der Seniorinnen und Senioren,** 10.00 Uhr GEW Geschäftsstelle
11.01.	**Fachgruppe Grundschule** 17.00 Uhr GEW Geschäftsstelle
12.01.	**Arbeitskreis Pädagogische Mitarbeiter/innen** 17.00 Uhr, Personalrat Schulen
13.01.	**Arbeitskreis Frauen in der GEW** 17.15 Uhr Geschäftsstelle
26.01.	**Arbeitskreis Berufsbildende Schulen** 17.00 Uhr ABS, Steffensweg 171

Februar 2017

01.02.	**Arbeitskreis Kurdistan** 17.00-19.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle Bremen
08.02.	**Fachgruppe Oberschule** 17.00 Uhr, Restaurant Lilie, Hemmstraße
09.02.	**Arbeitskreis Pädagogische Mitarbeiter/innen** 17.00 Uhr, Personalrat Schulen

Seminare

Konferenzrechte 1
Dieses Seminar bietet eine Einführung in individuelle, kollegiale und institutionelle Rechte. Außerdem werden die Möglichkeiten und Grenzen von Gesamtkonferenz und Schulkonferenz diskutiert. Themen:
- rechtliche Grundlagen
- thematische Handlungsfelder
- konkrete Handlungsstrategien
- Alternative Handlungsmöglichkeiten bei Konflikten in den Konferenzen

Leitung: Frauke Schüdde-Schröter, Frank Zylinski
Dienstag 21.02., 9-16 Uhr
Bremen, DGB-Haus, Bahnhofsplatz 22-28
Kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder 15 €)

Seminare für Personalausschüsse
Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Personalausschüsse? Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem und die Abgrenzung zum Personalrat aus? Wie gehen wir mit Konflikten um? Welche Unterstützung brauchen wir? Anhand von Fallbeispielen werden aktuelle Themen und Probleme der Personalausschüsse diskutiert. In Kooperation mit Arbeit und Leben Bremen e.V.
Bremen: Dienstag 07.03., 9-16 Uhr
Leitung: Frauke Schüdde-Schröter, Frank Zylinski
Bremen, GEW-Geschäftsstelle,
Bahnhofsplatz 22-28
Kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder 20 €)
Bremerhaven: Donnerstag 09.03., 9-16 Uhr
Leitung: Ima Drolshagen,
Mitglieder des PR-Schulen BHV
Bremerhaven, Gewerkschaftshaus,
Hinr.-Schmalfeldt-Str. 31b
Kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder 20 €)

Interessenvertretung und meine Rechte am Arbeitsplatz Schule für Pädagogische Mitarbeiter/innen
Welche Rechte, Rollen, und Aufgaben haben Pädagogische Mitarbeiter/innen an Schulen? Wie sieht die Zusammenarbeit und Abgrenzung mit/zu den Lehrer/innen aus? Welche Unterstützung brauchen wir? Wie können wir uns besser vernetzen? Thema sind aktuelle Probleme und Konflikte am Arbeitsplatz, u.a.: Was darf ich – was muss ich? Mehrarbeit – was muss mir der Arbeitgeber zahlen/ausgleichen? Krank in den Ferien – was steht mir zu, was kann ich machen? BU in Kooperation mit Arbeit und Leben Bremen e.V./Bremerhaven e.V.
Bremen: Donnerstag 30.03., 9-16 Uhr
Leitung: Bianca Berger, Andrea Köster
Bremen, DGB-Haus, Bahnhofsplatz 22-28
Kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder 15 €)
Bremerhaven: Donnerstag 04.05., 9-16 Uhr
Leitung: Ima Drolshagen, Mitglieder des PR-Schulen BHV
Bremerhaven, Gewerkschaftshaus,
Hinr.-Schmalfeldt-Str. 31b
Kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder 20 €)